

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

## Wendung in Fernost

# Amerika gebietet Japan halt

Scharfe Note gegen den Raubzug / Neun-Mächte-Vertrag und Kellogg-Pakt ausgespielt

Während die japanische Armee über Tschintschau hinaus bis zur chinesischen Mauer vorgestoßen ist und so die ganze Mandschurei von Tsitsikar bis dorthin beherrscht, stoßen die japanischen Imperialisten mit ihren Expansionsträumen unerwartet an die diplomatische Mauer. Aus Washington wird unter dem 7. Januar berichtet,

daß die amerikanische Regierung eine Note an China und Japan gerichtet hat, in der unter Hinweis auf den Neunmächte-Vertrag und den Kellogg-Pakt erklärt wird, daß die Vereinigten Staaten eine Gasetzlichkeit der augenblicklichen Lage nicht anerkennen würden. Ebensovienig würden sie Abmachungen und Verträge zwischen Tokio und Nanking anerkennen, durch die Vertragsrechte Amerikas oder amerikanischer Bürger verletzt würden. Dazu gehören auch solche Abmachungen, durch die Unabhängigkeit und die territoriale Unantastbarkeit Chinas verletzt würden.

Washington erwartet, daß die anderen Unterzeichner des Neunmächte-Vertrages, nämlich England, Frankreich, Belgien, Holland, Italien und Portugal, sich diesem Schritt anschließen werden. In einer Erklärung zu dieser Note bemerkte der Staatssekretär Stimson, daß das

Recht der „Offenen Tür“ unmittelbar hinter der Monroe-Doktrin

rangiere, womit natürlich eine sehr ernsthafte Drohung ausgesprochen ist. Sie wird noch unterstrichen durch die Erinnerung Stimsons an den Kellogg-Pakt, den nach einer gemeinsamen Erklärung von Hoover und Macdonald man nicht nur als Kundgebung der friedlichen Absichten betrachten dürfe, sondern als positive Verpflichtung, die nationale Politik gemäß diesem Gelöbnis zu führen. (Soweit man nicht die Macht hat, darauf zu pfeifen!)

Nun ist der Kellogg-Pakt zwar ein Messer ohne Klinge, aber die Interessen der Großmächte an der „Offenen Tür“, lies an dem „Recht“, China auszubeuten, sind ein scharfes Schwert, das zu ziehen sich weder Amerika noch England oder irgendeine andere Macht scheuen werden. Und sie haben, wenn sie wollen und sich einigen können, genug Mittel in der Hand, um dem Expansionsdrang Japans, seinem eigenmächtigen Raubzug halt zu gebieten.

Es wiederholt sich das Spiel von 1915—1922, als Japan China seine 21-Punkte diktierte, mit der nachfolgenden Revision in Washington, als der Kriegsausgang die für den japanischen Imperialismus günstige Situation beendet hatte. Mag auch Tokio in die Welt hinauskaubeln, daß die mandchurische Frage nur Japan und China angehe, es wird genau so gut klein beigeben müssen jetzt wie damals, falls es US-Amerika nicht durch Konzessionen auf anderem Gebiet — Befestigung der Philippinen — gefügiger machen kann.

Mit dem Völkerkrieg ist Japan leicht fertig geworden, nicht zuletzt deshalb, weil US-Amerika sich abwartend abseits gehalten hat. Der Schritt des Dollarlandes schafft

eine neue Situation, bedeutet eine Wendung der bisherigen Politik Japan gegenüber. Es wäre möglich, daß das Inselreich sich bald einer Einheitsfront der anderen imperialistischen Mächte gegenübersieht, an die sich vielleicht auch Ruß-

land anschließt, das neuerdings wieder offiziell seine Bedenken über die Verbindung zwischen japanischen Militärkreisen in der Mandschurei und russischen Weißgardisten kundgegeben hat. Auch die russischen Interessen sind bekanntlich durch Japan bedroht, sind es um so mehr, als die japanischen Militärs ihren Vorstoß auch nach der inneren Mongolei richten wollen.

Wir hatten seinerzeit gesagt, daß die Bäume des japanischen Imperialismus schwerlich in den Himmel wachsen würden, daß US-Amerika nur den günstigen Zeitpunkt abwarten werde, um zu revidieren, was es im Moment nicht hindern könne. Der Zeitpunkt ist über eingetreten, als man damals erwarten konnte, weil die Japaner, allzu sehr auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der ganzen Welt vertrauend, in grenzenlosem Uebermut die Grenzen, die ihnen der Imperialismus der anderen setzt, übersehen haben.

Die nächsten Tage schon können vielleicht wichtige Entscheidungen bringen.

### Erster gemeinsamer Schritt

TU. Washington, 8. Januar.

Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich haben beschlossen, wegen der allgemeinen Lage in der Mandschurei gleichzeitig Vorstellungen dringender Art in Tokio zu erheben. Das Staatsdepartement lehnt Mitteilungen über die Art der bevorstehenden Aktion vor einer Erklärung Stimsons ab. Hohe Beamte gaben jedoch den dringenden und umfassenden Charakter des gemeinsamen Schrittes zu, der weit über alle bisherigen Vorstellungen hinausgehen werde.

## Gesamtdemission in Paris?

Sehnsucht Laval nach der „nationalen Einheitsfront“

Paris, 8. Januar

Die gesamte Morgenpresse ist der Auffassung, Ministerpräsident Laval werde wahrscheinlich den Tod Maginots dazu benutzen wollen,

um dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des Kabinetts anzubieten.

Diesem Schritt dürfte die Annahme zugrunde liegen, daß dann Briand aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten werde. Der Präsident der Republik würde jedenfalls sicher wieder Laval mit der Neubildung des Kabinetts betrauen, um ihm so Gelegenheit zu geben, eine Konzentrationregierung auf breiterer Grundlage zu bilden.

Die Aussichten, ein Kabinett der „nationalen Einheitsfront“ zusammenzubringen, sind allerdings nicht sehr groß. Selbstverständlich daß der „Populaire“, das Blatt der französischen Sozialisten, von vornherein eine entschiedene Absage erteilt — die französische sozialistische Partei unterscheidet sich bekanntlich vorteilhaft von der deutschen Sozialdemokratie —, und daß er dazu Laval Spiel aufdrückt, Spiel, das dahin geht, die Radikalen von der Opposition zu trennen und in eine erwartete Mehrheit hineinzubringen.

Die radikalen Blätter allerdings geben Herrn Laval deutlich zu verstehen, daß

### Bombenanschlag auf den Kaiser von Japan

Tokio, 8. Januar.

Auf den Kaiser von Japan wurde während seiner Rückfahrt von einer militärischen Parade eine Bombe geworfen. Die Bombe platzte neben einem Wagen, der hinter demjenigen des Kaisers fuhr. Es wurde niemand verletzt. Der Täter, ein Koreaner, wurde sofort verhaftet. Er hatte eine zweite Bombe in der Tasche.

Zu dem Anschlag teilt die Polizei mit, daß der Täter ein koreanischer Kommunist sei (natürlich! Red.), der von der kommunistischen Partei Koreas zu dem Anschlag angereizt worden sei. Die Polizei hat eine umfangreiche Untersuchung eingeleitet, die bereits greifbare Ergebnisse gezeitigt habe.

### Rücktritt der japanischen Regierung

Tokio, 8. Januar.

Der Ministerpräsident hat die Demission des Kabinetts eingereicht.

Das Kabinett Inukai hatte die Regierung am 13. Dezember vorigen Jahres, also vor knapp einem Monat übernommen.

Der Rücktritt des Kabinetts Inukai steht zweifellos im Zusammenhang mit dem Schritt Amerikas, ist das deutlichste Zeichen dafür, daß man in Tokio den Ernst der Situation erkennt und sicherlich zum Rückzug blasen wird. Das Kabinett Inukai ist ja, wie erinnerlich sein wird, der Exponent der extrem militärisch-imperialistischen Kreise Japans gewesen.

### Die Tragik der „Anpassung“ SPD-Einheitsfrontler

Berlin, 8. Januar.

Es ist bezeichnend, daß die demokratische bürgerliche Presse wie etwa das „Berliner Tageblatt“ schwerste Bedenken äußert, daß die Reichsregierung Hitler telegraphisch nach Berlin bittet, daß sie ihm somit bescheinigt, daß man ihn braucht, daß man also regelrecht — gewollt oder ungewollt — dahingestellt — Propaganda für „den Führer“ macht. Ja es ist bezeichnend, daß die bürgerliche Presse, mit aller Vorsicht zwar und mit viel Verklammerungen, mehr oder minder deutlich von Brüning — Groener abbrückt, während der „Vorwärts“ an sich gar keine Bedenken hat, sondern die einzige Forderung stellt, daß Hitler seinerseits keine Forderungen stellt. „Es muß sich für alle um ein einfaches Ja oder Nein handeln.“ Für dieses „Ja“ ist der „Vorwärts“ selbstverständlich, denn Hindenburg hat sich doch, so sagt der „Vorwärts“, in schwerer Zeit als Hüter der Verfassung erwiesen.“ Wie wir uns erinnern vor allem als Hüter des Artikels 48, der freilich die ganze Reichsverfassung heute ersetzt. Und so mag es ja denn stimmen.

Kurz und gut, die Sozialdemokratie fühlt sich in keiner Weise belastet durch die Möglichkeit einer Einheitsfront mit Hitler, und so muß sie sich denn auch gefallen lassen, daß das Mosseblatt, die „Berliner Volkszeitung“, sie, bzw. der „Vorwärts“, folgendermaßen apostrophiert:

„Es bestätigen sich voll und ganz jene Mitteilungen über die Bildung einer Einheitsfront, die in der „Berliner Volkszeitung“ bereits vor mehreren Tagen gemacht wurden. Wir stellen als erste Zeitung fest, daß eine solche Aktion eine etwas unnatürliche Verbindung für Lausanne und die Reichspräsidentenwahl schaffen solle. Die wütenden Proteste des „Vorwärts“ sind durch die Tatsachen rascher, als selbst wir es erwartet haben, Lügen gestraft worden. Auch in der heutigen Morgenausgabe versucht das sozialdemokratische Zentralorgan den Initiativeschritt Brünings unter einem sehr engen Gesichtswinkel zu betrachten. Der „Vorwärts“ erklärt lediglich Bedingungen der Nationalsozialisten für unannehmbar und übersieht gänzlich, daß die jetzt erfolgte Annäherung zwischen Reichsregierung und Hitler schon an sich nicht gerade mit freundlichen Augen betrachtet werden kann. Wie leicht selbst ein harmlos sanftmütiger Kulissenpekt schief geht, hat gerade die Sozialdemokratie bei der Annahme des Dawes-Planes erfahren, als die Deutschnationalen — ebenfalls angebliche bedingungslos — zur Hälfte mit „Ja“ stimmten, um wenige Wochen später zur Belohnung in der Regierung zu sitzen.“

Es sei hinzugefügt, daß es dem demokratischen Mosseblatt aufgegangen ist, daß man die Berufung Hitlers nicht nur unter innenpolitischen Gesichtspunkten „gleichsam isoliert“ betrachten kann, sondern daß man sie ansehen müsse als einen „sehr gefährlichen Einsatz im außenpolitischen Schicksalspiel.“ Solche Gedankengänge sind dem „Vorwärts“ und der Sozialdemokratie anscheinend völlig fremd, sozusagen böhmische Dörfer. Und mit „böhmischen Dörfern“ wollen „nationale“ Kreise, zu denen sich ja doch wohl — siehe Leibart und Keil — die Sozialdemokratie

### Die Abstimmung in den Berliner Gaswerken

Die Urabstimmung über die Durchführung eines Streiks in den Berliner Gaswerken ist zur Zeit im Gange. Die Beteiligung ist sehr groß und auch die Kommunisten stimmen ab, entgegen der ausdrücklichen Anweisung ihrer Zentrale. Ein Ueberblick über das Ergebnis ist natürlich noch nicht zu gewinnen. Der Eindruck ist aber, daß die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wird. Die SAP-Funktionäre setzen sich überall für den Streik ein.



### Das ist ja Ausland!

Es würde völlig genügen zur Beurteilung und Verurteilung einer angeblich sozialistisch-internationalen Partei, daß sie diese „Belange“ überhaupt nicht beachtet. Aber man kann den Verdacht nicht loswerden — und ihm gibt ja auch das bürgerliche Blatt Raum — daß die Sozialdemokratie jederzeit für diese „nationale Einheitsfront“ zu haben ist, daß sie Hitler und den Faschismus weniger fürchtet als die Gefahr, „national“ nicht für zuverlässig und voll genommen zu werden!

Ziehen wir die Lehre: Man denkt nicht ungestraft Jahrzehntlang mit den Gedanken des Klassengegners, man koalitiert sich nicht ungestraft immer wieder gegen alle Klasseninteressen mit dem Klassengegner. Man verliert so unweigerlich jedes proletarische Ziel aus den Augen, man ballt sich unweigerlich so an, daß schließlich kein Unterschied mehr, weder in der Praxis noch auch in der Ideologie, zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie besteht. Ja, soweit ist es gekommen. Die Sozialdemokratie hat aufgehört eine sozialistische Partei zu sein. Ihre Ideologie ist die des Ordnungs- und Staatsbürgers, nicht die des Proletariats. Daß es so ist, das ist die ungeheure Tragik der deutschen Arbeiterbewegung; es ist die Tragik der Genossen, der Proletariat, die in pietätvoller Anhänglichkeit an die große Vergangenheit dieser Partei ihre völlig anders geartete Gegenwart übersehen.

## Preußenwahlen im Mai

TU. Berlin, 8. Januar.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat ein Pressevertreter dem Staatssekretär des preussischen Staatsministeriums, Dr. Weismann, die Frage vorgelegt, wie die preussische Staatsregierung zu den immer wieder auftauchenden Gerüchten stehe, es werde mit dem Gedanken einer Verschiebung der Preußenwahlen gespielt. Staatssekretär Dr. Weismann hat hierauf folgende Antwort gegeben: Artikel 13 der preussischen Verfassung lautet: „Der Landtag wird auf vier Jahre gewählt. Die Neuwahl muß vor dem Ablauf dieser Zeit erfolgen.“ Da der derzeitige preussische Landtag am 20. Mai 1932 gewählt worden ist, so steht fest, daß der neue Landtag vor dem 20. Mai 1932 gewählt werden muß. Die preussische Staatsregierung als Regierung eines demokratischen Staates hat niemals daran gedacht und denkt auch jetzt nicht daran, gegen diese klare Bestimmung der preussischen Verfassung zu verstoßen. Die Wahlen werden zum verfassungsmäßigen Termin stattfinden.

## AEG kündigt 1100 Angestellte

Wie von Gewerkschaftsseite mitgeteilt wird, hat die AEG 1100 Angestellten die Kündigung zugehen lassen.

Soweit sich bisher übersehen läßt, sind diesmal die technischen Angestellten etwas stärker von den Kündigungen betroffen als die kaufmännischen Angestellten. Während die Metallindustrie sonst ein sehr guter Arbeitsmarkt war, setzte auch hier der Rückgang im Jahre 1930 ein. Damals hatten 281 Betriebe 136 000 Arbeiter und 54 000 Angestellte; das Jahr 1931 schloß mit 115 000 Arbeitern und 48 000 Angestellten ab. Im letzten Jahre wurden trotz eines Kurzarbeitsabkommens mit den Angestelltenvereinigungen, das weitere Entlassungen von Angestellten vermeiden sollte, rund 6000 Angestellte entlassen. Neben der AEG haben auch andere große Firmen der Berliner Metallindustrie zahlreiche Angestellte gekündigt, so u. a. Siemens, Bergmann, General Motors, Maffei, Schwartzkopf. Einschließlich der Kündigungen bei der AEG sind im ganzen rund 2000 Angestellte gekündigt worden. Dazu kommen noch die Angestellten der Firma Borsig, denen ebenfalls restlos gekündigt worden ist.

## Lohnkampf von 40 000 Arbeitern?

Kattowitz, 8. Januar.

Eine Versammlung von Kohlenindustriellen des Krakauer und Dombrowaer Gebiets hat beschlossen, bis zum 31. Januar den Tarifvertrag zu kündigen. Unter diesen Tarifvertrag, der bis zum 30. April Geltung haben sollte, fallen ungefähr 40 000 Arbeiter. In Arbeiterkreisen verlautet, daß die Arbeitgeber eine 15prozentige Herabsetzung der Löhne sowie die Streichung des bezahlten Urlaubs anstreben. Die Arbeitnehmerverbände haben zu dieser Kündigung noch nicht Stellung genommen. Doch dürfte es zu einem harten Lohnkampf kommen.

## Dreitägige Arbeitswoche

Kattowitz, 8. Januar.

Die Bankenhütte Dombrowa hat die dreitägige Arbeitswoche eingeführt.

## Rücktritt des spanischen Botschafters

Madrid, 6. Januar.

Der Staatsanzeiger veröffentlicht heute ein Dekret, das das Rücktrittsgesuch des spanischen Botschafters in Berlin, Americo Quesada genehmigt.

# Spiel um das Präsidenten-Palais

Aus dem Wust von Nachrichten, die seit vierundzwanzig Stunden über die Möglichkeit verbreitet werden, das im Mai erlöschende Amt des Reichspräsidenten von Hindenburg zu verlängern und über die tausenderlei Kombinationen, die sich an die Initiative der Reichsregierung zur Lösung dieser Frage knüpfen, hinaus, müssen folgende Grundlagen und Tatsachen herausgehoben und festgehalten werden.

Der Reichspräsident hat sich bereit erklärt, seine Amtszeit verlängern zu lassen, wenn erstens die Regierung ihm die Sicherheit des Erfolges im ersten Wahlgang verbürgen könne und wenn zweitens Sicherheit darüber geschaffen würde, daß sich seine Wiederwahl nicht gegen die Stimmen seiner früheren Wähler vollzöge.

Einer Verlängerung seiner Amtszeit durch qualifizierten Mehrheitsbeschluß des Reichstags würde er nur ungern zustimmen. Die Tatsache, daß der Reichstag schon einmal, im Jahre 1922, die Amtszeit eines Reichspräsidenten verlängert hat, wollte er zunächst überhaupt nicht als Präjudiz ansehen, weil es sich in diesem Fall um die Verlängerung der provisorischen Amtsführung Eberts gehandelt habe.

Die Reichsregierung hingegen hatte sich im Oktober und im November mit dieser zweiten Möglichkeit zur Lösung der Präsidenschaftsfrage beschäftigt und ausgehend von den Unterhaltungen, die Herr Hitler seit dem 10. Oktober mit Mitgliedern der Reichsregierung und hohen Reichsbeamten geführt hat, glaubte man in der Wilhelmstraße, unter gewissen Voraussetzungen die Zustimmung des nationalsozialistischen Führers zur parlamentarischen Lösung erhalten zu können. Hitler hatte damals keinen Zweifel daran gelassen, daß er für seine Zustimmung Konzessionen fordern werde, vor allem sprach er immer wieder von der Neuwahl des Reichstags, gleichzeitig mit der des preussischen Landtags oder gar zu einem früheren Termin.

Als jetzt die Regierung die Initiative ergriff, um die Situation für die reibungslose Erneuerung des Hindenburg'schen Amtes zu glätten, mußte sie notgedrungen die Verhandlungen mit dem Nazi-Führer dort beginnen, wo sie im November liegengeblieben waren: also bei der sozusagen parlamentarischen Möglichkeit.

Bei der Unterhaltung zwischen Brüning und Groener einerseits, Hitler andererseits, die am Donnerstag nachmittag stattfand, hat Hitler wiederum als notwendige Konzession für seine Zustimmung zur parlamentarischen Verlängerung des Reichspräsidenten-Mandats die vorzeitige Reichstagsauflösung und Neuwahlen gefordert. Die Regierungsmitglieder scheinen ihm demgegenüber keinen Zweifel gelassen zu haben, daß sie die bedingungslose Zustimmung verlangen müßten. Hitler hat erklärt, sich erst am Sonnabend mit den übrigen Führern der „nationalen Opposition“ (à la Harzburg)

unterhalten und erst danach seine Entscheidung bekannt geben zu wollen.

Fällt sie negativ aus, so wäre für die Reichsregierung der Weg frei, der nach unserer Information dem Reichspräsidenten der genehmste Weg wäre, nämlich: Reichspräsident von Hindenburg stellt sich zur Volkswahl. Wenn Hitler vermessen genug wäre, so rechnen wohl die Herren Brüning und Groener, dem alten Reichspräsidenten sich selbst oder einen Mann seines Vertrauens als Gegenkandidaten entgegenzustellen, so würde er sich eine Niederlage holen, weil man der Stimmen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Wähler für Hindenburg glaubt absolut sicher zu sein, und weil andererseits einer gegen Hindenburg gerichteten Hitlerschen Parole, nach Ansicht der Reichsminister und ihrer Berater, ein übergroßer Teil der Hitlerschen Wähler zugunsten Hindenburgs die Gefolgschaft versagen würde.

Würden aber die Sondierungen der Reichsregierung ergeben, daß Hindenburgs Wiederwahl nicht im ersten Wahlgang bombensicher sei, so würde, vom gegenwärtigen Inhaber der Reichspräsidentenschaft und von der Reichsregierung als gegebener Ersatzmann proklamiert, der General a. D. und Reichsminister Groener für die Reichspräsidentenschaft kandidieren

und mindestens im zweiten Gang, mit den Stimmen der Sozialdemokratie, die von Eberts Zeiten her dem Kriegsminister der Republik verpflichtet ist, gewählt werden. Die Unterhaltungen, die der Reichskanzler gestern mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geführt hat, sind nicht sehr bedeutungsvoll, weil es sich ja um einen nicht besonders realen Plan handelte: den der Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs auf parlamentarischem Wege.

Ueber die Haltung Hitlers und Hugenbergs zur Initiative der Reichsregierung unterrichten einige Meldungen der Telegraphen-Union. Aus nationalsozialistischen Kreisen, so berichtet das Hugenbergsche Büro, höre man, daß man sich dort auf den Standpunkt der „orthodoxesten Legalität“ stelle. Das sagt wohl nichts anderes, als daß man jetzt die Möglichkeit, das Mandat Hindenburgs durch Parlamentsbeschluß zu verlängern, einer Möglichkeit, die wirklich kaum durch Verfassungsvorschriften gedeckt werden könnte, ablehnend gegenübersteht.

Ueber die Ansichten Hugenbergs zu dieser Frage sagt die Telegraphen-Union, daß er sich noch nicht geäußert habe; da er erst naturgemäß Hitlers Bericht kennen müsse. Unrichtig sei jedenfalls die Behauptung, daß die Deutschnationalen sich für die Verlängerung der Amtsperiode Hindenburgs auf nichtparlamentarischem Wege eingesetzt hätten.

Hitler habe den Reichskanzler davon unterrichtet, daß seiner Ansicht nach die Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten

der Verfassung nicht entspreche und daß im übrigen dem Volke Gelegenheit gegeben werden müsse, seine wahre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die innenpolitische Entwicklung, die bisher bei den verschiedensten Gelegenheiten (Gemeinde- und Landtagswahlen) zum Ausdruck gekommen wäre, dürfe durch Aussetzung der verfassungsmäßigen Reichspräsidentenwahl nicht unterbrochen werden. Sollte die Wahl durch ein parlamentarisches Manöver doch ausfallen, so müsse dem Volke auf andere Weise Gelegenheit gegeben werden, seinen Willen kundzutun (also doch durch Reichstagsneuwahlen! D. Red.).

## „Die ersten praktischen Nationalsozialisten“

Das Urteil der englischen „Times.“

Die im Gang befindlichen Verhandlungen über die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten Hindenburg findet auch im Ausland begrifflicherweise größte Beachtung. Hierzu trägt namentlich die an Hitler ergangene Einladung Brünings, sowie die ihr vorausgegangene Unterredung Groener-Hitler bei. Die „Times“, das maßgebende Organ der englischen Konservativen und Finanzinteressen, benutzen diesen Anlaß zur Abgabe eines Urteils über die Regierung Brüning, das geradezu ins Schwarze trifft.

Die Politik der Brüning-Regierung, so heißt es in der „Times“ sei schon seit einiger Zeit ein verwässerter Nationalsozialismus. Man werde kaum übertreiben, wenn man Dr. Brüning und seine Kollegen als die ersten praktischen Nationalsozialisten anspreche, und viele Personen in hohen Stellungen würden kaum ableugnen, daß sie im Grunde ihrer Herzen Nationalsozialisten seien. Beide Gruppen, die Politiker und die Theoretiker, seien sich einander wesentlich näher gekommen.

Vielleicht nimmt man auch in Kreisen der „Sozialdemokratie“ von diesem englischen Urteil Notiz.

## Proletarische Einheitsfront im Präsidentenwahlkampf!

Forderung der SAP

Die Bezirkskonferenz Hessen und Nassau, die am 3. Januar in Frankfurt am Main tagte, nahm folgenden Antrag an: „Die heute am 3. Januar 1932 stattfindende Bezirkskonferenz der SAP für Hessen und Nassau stellt sich hinter den Aufruf des Parteivorstandes vom 25. 12. 1931. Sie fordert vom Parteivorstand,

daß er mit allen proletarischen Parteien zwecks Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl in Verbindung tritt.

Sie fordert, daß sich die Parteien auf einen proletarischen Kandidaten einigen.“

# Der Rhein schwillt weiter an!

Koblenz, 8. Januar

Die erneuten, gewaltigen Niederschläge im Oberrheingebiet haben zu einem beträchtlichen Anschwellen des Rheins geführt. Da auch der Main große Wassermassen heranzführt, steigt der Rhein bei Koblenz stündlich um drei Zentimeter und hat heute morgen gegen 10 Uhr mit rund fünf Metern den Stand erreicht, wo der hochwassergefährliche Zustand einsetzt. Im Laufe des Vormittags wird sich die Rheinstrombauverwaltung darüber schlüssig werden, ob der Hochwasserdienst eröffnet werden muß. Die Mosel hat gestern gegen 20 Uhr bei dem Pegelstand von 4,28 Zenti-

metern in Trier ihren Höchststand erreicht und ist zur Zeit langsam im Fallen begriffen. Der Kölner Pegelstand ist von gestern zu heute um 55 Zentimeter auf 5,26 Meter gestiegen, was einstweilen zu Befürchtungen keinen Anlaß gibt.

## Die Wetterlage im Küstengebiet — Der Sturm hat sich

Hamburg, 8. Januar. Der Sturm über dem norddeutschen Küstengebiet hat sich während der Nacht zum Freitag gelegt. In Hamburg wurde am Freitag morgen nur noch Windstärke drei gemessen. Von den Küsten-

stationen der Nordsee wurden ebenfalls nur noch schwache Winde gemeldet. Auf der Nordsee herrscht Stärke vier (Helgoland), während auf der Ostsee noch frische Winde bis zu Stärke sechs zu verzeichnen sind.

## Ein Wasserschutzwerk bei Oldenburg zerstört

Oldenburg, 8. Januar. Bei Augustfehn in Oldenburg wurde das große Wasserschutzwerk Holtgast von den Wassermassen zerstört. Das 8 Meter hohe Turmhaus, dessen Fundamente noch 7½ Meter in die Erde hinabreichen, war von den Fluten unterspült, so daß das ganze Gebäude sich immer mehr neigte und die Arbeiten zur Rettung des Werkes eingestellt werden mußten. Nachdem zunächst vier Leitungsdrähte der im Turmhaus untergebrachten Hochspannungszentrale gerissen waren, stürzte das Gebäude, in der Mitte auseinanderberstend, in die Fluten. Damit ist das stärkste Wasserschutzwerk der Gegend um Augustfehn völlig vernichtet worden. Die Sekundenleistung des Werks betrug 2¼ Kubimeter. Der Schaden ist noch gar nicht abzusehen. Auf Monate hinaus wird die Ortschaft Augustfehn von einer unendlichen Wasserwüste umgeben sein.

## Schwefelleitung vom Sturm zerstört

Goelar, 8. Januar

Auf den Unterharzer Stanz- und Hüttenwerken in Oker wurde heute früh die Schwefelleitung über der Staatsstraße von Oker nach Bad Harzburg in einer Länge von 75 Metern und 80 Zentimetern Durchmesser durch den orkanartigen Sturm vollständig zerstört. Schwere Gitter und Eisenträger durchschlugen das Dach der Betriebsgebäude und beschädigten die Stromleitung des Werks, so daß ein Teil der Arbeitsräume außer Betrieb gesetzt wurde. Der Sachschaden geht in die Tausende. Die Staatsstraße wurde sofort gesperrt, da sich Säure und flüssiger Schwefel auf die Straße ergossen. Personen sind nicht verletzt.

## Proletarier retten ihre Habseligkeiten



Ein erschütterndes Bild von der Katastrophe bei Dessau



# ELEND im Frankenwald

Von Alexander Graf Stenbock-Fermor

## Zentausend schreien nach Brot

Gegen 16 Dörfer in der nächsten und weiteren Umgebung liegen abseits von jeder Fahrtverbindung.

eine Bevölkerung von über 10 000 Arbeitern ist dem Elend preisgegeben.

Und das Elend haust in einer Landschaft, die reich ist an Naturschätzen. Neben dem Holzreichtum der dichten Wälder, gibt es mineralische Schätze an Marmor, Kalk, Schiefer. Von Geologen ist die Ertragsfähigkeit eines Marmorbruches auf mehrere Millionen Kubikmeter festgestellt worden. Aber die Transportschwierigkeiten lassen die Ausbeutung dieser Marmorbrüche nur zu einem Bruchteil zu. Die Marmorabfälle werden in einem geringen Umfange für Straßenschotter und Bausteine gebraucht, doch der größte Teil der Abfälle liegt wertlos abgelagert in den Tälern.

Schwer ringen

die Weber

um ihre Existenz. Einige der Dörfer leben nur von Handweberei. Diese Weber sind seit dem 15. Jahrhundert hier ansässig. Der Weber ist abhängig von jeder Konjunktur. Er verspürt jede Veränderung der Mode, den Boykott ausländischer Waren in Ostindien — das wichtigste Exportgebiet der deutschen Weberei —, die tschechische und italienische Konkurrenz, die Konkurrenz der Maschinen und Konzerne — alle diese Dinge spürt er buchstäblich am eigenen Leibe. Eine kleine Veränderung der Wirtschaftslage, und Dörfer werden brotlos.

Wir besuchen das Weberdorf Bernstein. Es hat etwa 730 Einwohner. Wir betreten eine Weberstube. Ein alter, kahler Mann, mit eingefallenen Wangen sitzt in Hemdsärmeln vor dem Handwebstuhl. Der füllt das halbe Zimmer aus. Der Webstuhl ist ein großes, verwickeltes Gestell aus Holzstangen, Hebeln und Schälren. Das Schiffelein surrt hin und her. Hunderte von Fäden bewegen sich. Eine große Spinne von Holz und Schnüren, die auf der Stelle alle Beine zappeln läßt. Der alte, kahle Mann muß mit beiden nackten Füßen und mit beiden Händen den schwierigen Apparat in Schwung halten. Die Frau und die Kinder helfen beim Spulen. Die Decke ist mit der Hand zu fassen. Ein grüner Kachelofen, in der Mitte des Raumes, ist von einer Holzbank umgeben. Die Wand wird bedeckt von Heiligenbildern, in grell bunten Oeldrucken. Hinter dem Weber hängt der Spruch: „Unbeflecktes Herz Maria bitte für uns“.

Der Weber arbeitet täglich 14 Stunden, oft auch den Sonntag durch, und verdient wöchentlich 9—10 RM.

Wenn die Frau durch Handstickerei noch einige Mark hinzuverdient, hat die Familie — fünf Menschen — monatlich etwa 50 RM. zum Leben. Der Durchschnittsverdienst der Weberfamilien im Dorf liegt zwischen 50 und 55 RM. im Monat.

Die Weber wohnen in kleinen verfallenen Häusern. Der Arbeitsraum ist Küche und Schlafzimmer zur gleichen Zeit. Einige Betten stehen in der Dachkammer. Drei bis vier Personen schlafen in einem Bett.

Die Kinder spielen nicht auf der Straße, sondern sie helfen bei der Arbeit. Vom achten Jahre an sitzen sie beim Spulrad oder über der Stopfgeige. Die Kinder sind bleich und unterernährt. In den Gesichtern der Alten hat die Not schwere Spuren hinterlassen.

In Enckenreuth, mit 900 Einwohnern finden wir ein Dorf, das fast ausschließlich von Handstickerei lebt.

Es gibt auch einige Weber hier, doch die meisten Bewohner verdienen durch die Hand-

stickerei. Bettwäsche, Decken, Unterkleider werden bestickt. In jedem Zimmer, in das wir eintreten, sitzen Männer, Frauen, Kinder über die Stopfgeige gebückt, vom kleinsten Kind bis zum Großvater. Die Verdienstverhältnisse sind hier noch schlimmer als im Weberdorf. Bei einer Arbeit, die vom frühen Morgen bis spät in die Nacht dauert (manchmal werden die Nächte auch durchgearbeitet), verdient der Handsticker

in der Woche zwischen 8 bis 9 RM.

Durchschnittlich stehen sich die Familien in Enckenreuth auf 36 bis 40 RM. im Monat.

## Eine 73jährige muß noch arbeiten

Wir besuchten ein kleines, baufälliges Häuschen mit 5 Zimmern.

Hier wohnen 30 Personen.

In einem winzigen Raum sehen wir 8 Personen bei der Arbeit. Die 73jährige Großmutter sitzt täglich ihre 12 Stunden an der Stopfgeige. Die ganze Familie verdient zusammen 40 RM. im Monat. Das Zimmer kostet 5 RM. Miete. Alle nähren sich nur von Kartoffeln, trockenem Brot und Kaffee. Der Kaffee wird zu jeder Mahlzeit getrunken. Der Schlafraum

ist eine Bodenkammer, in der man nur gebückt stehen kann. Hier sind drei Betten für die acht Menschen. In den Betten liegen einfache Strohsäcke, ohne Laken. Neben dem einen Bett, in dem nachts drei kleine Kinder schlafen, befindet sich ein Abort (ein einfaches Loch in die Jauchengrube), vom Bett nur durch eine schadhafte Bretterwand geschieden. Der Gestank ringt durchs ganze Haus. In der Dachkammer wimmelt es von Wanzen. Das Dach ist schadhafte, kalte Winde, Schnee und Regen können hineindringen. Die Bewohner sind im Winter oft in ihren Betten unter einer Schneedecke aufgewacht. Oberfranken wird als „bayerisches Sibirien“ bezeichnet, weil die Winter hier oben besonders lange dauern und besonders streng sind.

Drei politische Parteien kämpfen in diesen Dörfern um die Seelen der Arbeiter: die Bayerische Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Nationalsozialisten. Die Arbeiter haben diese und jene Partei gewählt, aber die Zustände sind schlimmer geworden. Nun glauben und hoffen sie nichts mehr. Verbittert arbeiten sie an ihren Webstühlen und Stopfgeigen. Nur die Frauen gehen noch im Morgengrauen in die Kirchen, mit Gebetbuch und Rosenkranz, und bitten die Heiligen um Hilfe. . . . Die kleinen Häuser des Dorfes Schwar-

zenstein liegen romantisch verstreut auf den Höhen eines Berges und unten angeschmiegt an den waldigen Anhängen. Eine bezaubernd schöne Landschaft von Bergen, Hochwald, Schluchten und Gebirgsbach öffnet sich hier den Blicken. Aber die Bewohner der Häuser müssen ohne Romantik und ohne Schönheit ihr tägliches Brot verdienen. Von den 600 Einwohnern sind fast alle „Schanzenbinder“.

Korbflechter.

Das Schanzenbinden ist ein schweres Geschäft. Drei Tage in der Woche brauchen die Arbeiter, um das Material zu beschaffen: Tannennäse, Fichtenwurzeln, Reifen. Das Rohr wird gekauft. Auch das übrige Material kann gekauft werden, aber die Herstellung wird dadurch so teuer, daß kein Gewinn mehr zu erzielen ist. Die Schanzenbinder sind gezwungen, im Walde zu suchen. Das ist Waldfrevel, denn die Obrigkeit hat es streng verboten. Der Gendarm liegt auf der Lauer. Der Arbeiter, der erwischt wird, erhält 50 RM. Strafe, die er absetzt, da er nichts bezahlen kann. Wenn er dreimal erwischt wird, bekommt er drei Monate Gefängnis, wegen Rückfälligkeit. Sobald er herauskommt, geht er wieder in den Wald, denn sonst müßte er verhungern. Fast das halbe Dorf hat schon im Gefängnis gesessen.

## Der Mord in der Breslauer Gerbergasse

# Ein neues Fehlurteil?

Selbstbeichtigung eines Doppelmörders / Pohl beteuert seine Unschuld

Breslau, 7. Januar

Im Oktober 1929 wurde der Breslauer Bäcker Hermann Pohl auf Grund stark belastender Gesichtspunkte

des Mordes an der Prostituierten Luise Schulz für schuldig erkannt und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Pohl selbst beteuerte von Anfang an seine Unschuld. Einige Zeit nach der Verurteilung bezichtigte sich der Doppelmörder Schieweck,

der den Vollzug der Todesstrafe wegen Tötung seiner Ehefrau, wie auch der Sittendiebe Kristen im Gefängnis abwartete, des Mordes an der Schulz. Schieweck wiederrief zwar vorübergehend das Geständnis, aber die gegen Pohl bestehenden Indizien waren durch die neuen Ermittlungen der Behörden derart abgeschwächt worden, daß er am 7. Dezember 1930 auf Veranlassung der Breslauer Staatsanwaltschaft

aus dem Zuchthaus Wohlau entlassen wurde.

Gleichzeitig wurde das Wiederaufnahmeverfahren in die Wege geleitet.

Mit diesem Fall hat sich nunmehr das Breslauer Schwurgericht erneut zu befassen. Die Verhandlung, zu der 80 Zeugen und vier Sachverständige geladen wurden, begann Donnerstag. Sie wird voraussichtlich fünf Tage in Anspruch nehmen.

### Pohls Darstellung

Der Angeklagte Pohl schilderte zunächst seinen Lebenslauf. Er ist mehrmals wegen Eigentumsvergehen vorbestraft. Im Jahre 1929 kam er nach Breslau und hatte hier eine Stellung in der Reklameabteilung der Halpaus-Zigarettenfabrik inne, die eine neue Marke „Mokka“ herausgebracht hatte. Pohl war bald wegen seiner Tätigkeit bei Halpaus und wegen seines Lebenswandels als „Mokka-Louis“ in

Breslau bekannt. Im weiteren Verlauf seiner mehrstündigen Vernehmung erklärte Pohl, die ermordete Prostituierte Schulz nur vom Sehen gekannt zu haben. Er habe aber nie mit ihr gesprochen. Als Pohl über seinen Aufenthalt am Mordtage vernommen werden soll, fordert der Vorsitzende den Angeklagten auf, den Anzug anzuziehen, den er am Mordtage trug.

Der Mord an der Prostituierten Schulz am 19. April ist etwa gegen 10½ Uhr abends verübt worden. Pohl will um 7¼ Uhr sich von der Prostituierten Hornig am Königsplatz getrennt haben und plan- und ziellos durch mehrere Straßen umhergeirrt sein. Dabei sei er gerade in dem Augenblick in die Gerbergasse gekommen, als die Ermordete Schulz auf einer Tragbahre blutüberströmt aus ihrer Wohnung herausgetragen worden sei. Plötzlich sei er vor dem Mordhause verhaftet worden, da mehrere in der Nähe stehende Prostituierten ihn des Mordes bezichtigt hätten. In sordidlicher Erregung schildert Pohl dann die Leichenbesichtigung und die Verhöre auf dem Polizeipräsidium. Die früheren Zeugenaussagen, die zu dem Indizienbeweis der ersten Instanz führten, bezeichnet Pohl als Irrtümer und verwirrt. Damit ist seine Vernehmung beendet.

### Zeugenvernehmung

Als erste Zeugin wurde die Hauptbelastungszeugin Frau Frohner vernommen. Sie will „Mokka-Louis“ erkannt haben, als er in schnellem Schritt die Treppe des Mordhauses herunterlief. Ihre Wahrnehmung hat sie sofort Bekannten und anderen Zeugen erzählt. Den Schieweck, der sich selbst des Mordes bezichtigt hat, will die Zeugin keinesfalls gesehen haben. Der Verteidiger hält dann der Zeugin vor, daß sie 1924 in einer Nervenheilanstalt gewesen sei. Der Ehemann der Hauptbelastungszeugin Frau Frohner bestätigt im wesentlichen die Bekundungen seiner Frau. Die Zeugin Frau Kurz erklärt, sie habe die

Schulz mit einem Mann ins Haus gehen sehen und dieser Mann sei bestimmt Pohl gewesen. Eine weitere Zeugin hat Pohl sogar noch aus dem Haus kommen sehen. Vier andere Zeuginnen können Pohl nicht mit Bestimmtheit wiedererkennen und sagen nur das an Ort und Stelle Gehörte aus.

Der Kriminalassistent Reger, der Pohl am Mordtage verhaftete, weil dieser von mehreren Frauen der Tat bezichtigt wurde, will allerdings an Pohl

nichts Verdächtiges bemerkt haben.

### Was tut man nicht alles um des Profites willen!

Zlin, 8. Januar.

Der Schuhindustrielle Bata hat die Militärverwaltung um die Verlegung eines Fliegerregiments nach Ottokowitz bei Zlin ersucht und sich verpflichtet, Kasernen, Hangars, sowie Wohnungen für Offiziere und Soldaten zu errichten.

### Schwere Buschfeuer in Neusüdwaales

Sydney, 8. Januar. Der Westen von Neusüdwaales wird gegenwärtig von verheerenden Buschfeuern heimgesucht, die schon Millionen Acker Weideland vernichtet. Die Viehzüchtervereinigung hat sich um Hilfe an die Stadt Sydney gewandt. 350 Freiwillige haben sich sofort gemeldet, um die erschöpften Hilfsmannschaften abzulösen. Der Schaden ist unermesslich.

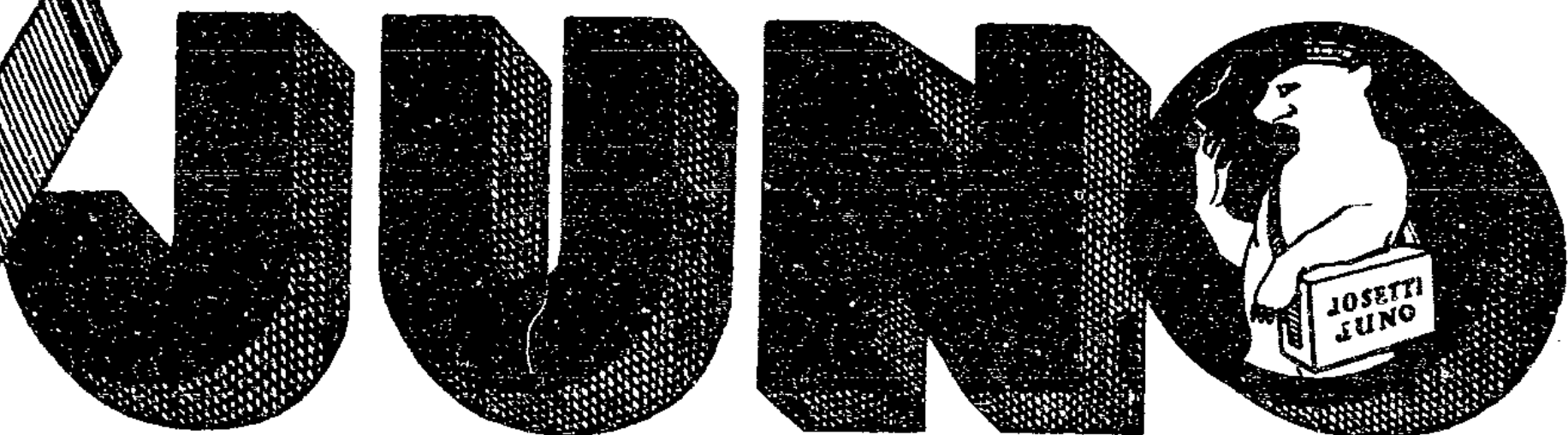
### Alles verhaften!

Ahmedabad, 7. Januar.

Die Polizei verhaftete heute in den ersten Morgenstunden dreißig Führer des indischen Kongresses.



# Berlin raucht



die Cigarette 1/4 M. 6 Stück 20 ¢



## Raum für alle hat die Erde?

Zwei wahre Erlebnisse an einem Tag

Es war in einem kleinen Automatenrestaurant, etwas abseits vom Verkehrszentrum Berlins. An einem dieser naßkalten, scheußlichen Dezembertage, an denen es überhaupt nicht richtig hell wird. Man fröstelt den ganzen Tag und geht nur ungern hinaus auf die glitschigen Straßen.

Ich trete ein in den Automaten, um schnell im Vorübergehen eine Tasse heißen Kaffees zu trinken. Ich nehme Platz an einem der kleinen Tische, an dem nur ein junges Mädchen sitzt. Eine schon geleerte Tasse steht vor ihr. Sie ist vertieft in ein Buch und schaut gar nicht auf. Sie ist einfach, fast ärmlich gekleidet. Müde sieht sie aus, das junge Gesicht grau und unterernährt und wie erloschen.

Arbeitslose, kleine Stenotypistin — schätze ich — daß sie um diese Zeit hier sitzen kann und lesen! Während ich noch Überlegungen anstelle, was für eine Art Lektüre es sein mag, mit der sie ihre Zeit — das einzige offensichtlich, woran sie keinen Mangel leidet — totschlägt, tritt der Hausdiener an unseren Tisch. In unfreundlichem Ton fordert er das Mädchen auf, endlich den Platz zu räumen und murmelt was von — „stundenlang bei einer Tasse Kaffee hier sitzen, — doch keine Lesehalle, keine Wärmehalle, so ein Automat —“.

Ein paar Umsitzende nehmen Partei gegen diese rauhe Unfreundlichkeit und meinen, das Mädchen nehme ja niemandem den Platz weg, und man könne in einem Lokal sitzen, solange es einem passe!

Aber das Mädchen hat schon das Buch zugeklappt. Keine Miene verzieht sich in dem müden Gesicht. Ohne ein Wort zu erwidern, verläßt sie das Lokal. Ganz offenbar hat sie das schon öfter erlebt, daß man sie fortweist wegen zu langen Sitzens.

Mir will nicht warm werden bei meiner Tasse heißen Kaffees. Immer sehen ich das arbeitslose Mädchen vor mir. Sehe, wie sie noch eine Weile herumläuft in den nassen, schmutzigen Straßen. Ziellos, hoffnungslos, mit dem jungen, schon so erloschenen Gesicht. Ich sehe sie schließlich müde und erfroren in irgendeiner unsauberen, finsternen Schlafstelle landen... Zu einem warmen, hellen Zimmer reichs ja schon lange nicht mehr. Da schlägt sie die Stunden, die Tage tot bei einer billigen Tasse Kaffee in einem kleinen häßlichen Automatenrestaurant und stiehlt sich ein bißchen Wärme und Licht, bis man sie hinauswirft. Ein Automat ist halt keine Wärmehalle! Und für arbeitslose Mädchen, die nichts verzehren, keine „Zeche“ machen können, ist da kein Platz!

Noch bedrückt von diesem kleinen Erlebnis, mache ich mich auf den Heimweg. An einer Stadtbahnunterführung halte ich Ausschau nach meiner Straßenbahn. Da sehe ich, wie ein Mann an Krücken, mit zwei elenden Beinstömpfen (viel scheint der glorreiche Krieg ihm von ihnen nicht übrig gelassen zu haben!) sich mühselig auf das schmutzige Pflaster an der Ecke der Unterführung niedersetzt.

Was will ein Mensch, der sich in Kälte und Dreck auf das nackte Pflaster niedersetzt?

Er will das Mitleid der Vorübergehenden erwecken, will betteln, Geld „verdienen“. Ein leichter Verdienst scheint es mir nicht zu sein, so dazusitzen in Kälte, Wind und Regen auf der harten, nackten Erde, der „Mutter Erde“, wie die Dichter manchmal sagen.

Aber bettelnd Geld verdienen zu wollen, ist etwas Verbotenes. Das weiß auch der Schupmann da drüben an der anderen Ecke, daß Betteln verboten ist. Eilig kommt er angewandelt, einzuschreiten — seine Pflicht zu tun! Man muß es ihm lassen, er tut seine Pflicht in ruhiger und verständiger Weise. Leise und unaufdringlich baugt er sich über den Krüppel und sagt ihm, daß hier kein Platz sei, zu sitzen und zu betteln.

Stumpf und resigniert, ohne ein Wort des Widerspruchs oder der Auflehnung, klettert der Bettler mühsam wieder hoch und schleppt sich weiter die Straße entlang. Eine endlose, graue, trübe Straße. Wo mag sie enden, wohin führen?

„Das Gesetz aber in seiner erhabenen Majestät ist gleich für alle! Es verbietet den Armen wie den Reichen, unter den Brücken zu schlafen, zu betteln und Brot zu stehlen!“ — — — C. K.-L.

## Die „menschlich reine Atmosphäre“

Filmkritik in Zwickau

„Luise.“ Dieser technisch und filmisch photographisch ausgezeichnete Film bemüht sich mehr als die herkömmlichen Proufen- und Hohenzollernfilme um die geschichtliche Wahrheit, aber die allzu starke Ablenkung durch die Gestalt und die Geschichte der Luise erschwert ihre klare Erfassung. Die menschlich reine Atmosphäre um diese Frau (die so nur Henny Forten verkörpern konnte) überstrahlt alle Bilder in einem solchen Maße, daß dem Publikum kaum die Trostlosigkeit jener Zeit bewußt wird...

Aus einer Filmkritik des sozialdemokratischen „Sächsischen Volksblatt“ in Zwickau.

## Gegen die Buchverbote

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ schreibt: „In der Öffentlichkeit sind in letzter Zeit eine Reihe von Buchverboten, so unter anderem das vom Neuen deutschen Verlag herausgegebene Buch „Rote Signale“, das von Ernst Friedrich verfaßte Buch „Festung Gollnow“, das von Klaus Neukrantz verfaßte Buch „Barrikaden am Wedding“ bekannt geworden. Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ anerkennt selbstverständlich das Recht des Staates, gegen den gewaltsamen Umsturz Maßnahmen zu ergreifen. Es ist aber nicht der Zweck der Notverordnung und Aufgabe der Behörden, unbequeme Kritik mundtot zu machen. Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ muß dagegen Protest erheben, daß die Notverordnung mißbraucht wird, um Druckerzeugnisse zu verbieten, gegen die strafrechtlich nicht vorgegangen werden kann.“

## Dachantenne muß geduldet werden

In einer Antennen-Streitsache hat ein Berliner Landgericht als Berufungsinstanz zugunsten eines klagenden Mieters entschieden, und zwar in der Art, daß der Hauswirt die Anbringung einer Dachantenne dulden muß.

In den Entscheidungsgründen heißt es u. a.: „Es kann dahingestellt bleiben, ob der Rundfunk geeignet ist, Kultur und allgemeine Bildung der Rundfunkhörer zu fördern, jedenfalls dient er der Unterhaltung weiter Kreise. Es würde wider Treu und Glauben verstoßen, wenn die Beklagte dem Kläger die Teilnahme am Rundfunk versagen würde. Die Tatsache, daß der Kläger bisher lediglich eine Zimmerantenne verwandt habe, ist kein Grund dafür, ihm die Anbringung einer Dachantenne zu verbieten. Denn diese vermittelt bekanntlich einen besseren Empfang als eine Zimmerantenne. Ferner ist auch die Tatsache, daß durch die Antenne Beschädigungen am Haus verursacht werden können, bedeutungslos, denn der Kläger ist als Rundfunkteilnehmer ohne weiteres gegen Antennenschäden versichert.“

## Die Heiratschmiede

Die Werkstatt des Schmiedes von Gretna Green, wo auf dem Amboß die Ehefesseln geschmiedet werden, war der Mittelpunkt eines Prozesses, der kürzlich vor dem Schiedsgericht für Mietsstreitigkeiten in Edinburgh verhandelt wurde. Der Kläger Hugh Mackie von Gretna Green forderte die gerichtliche Festsetzung der Jahresmiete für das berühmte Haus, die von 38 Pfund Sterling auf Grund erneuerter Schätzung auf 900 Pfund Sterling erhöht worden war. Das in Betracht kommende Grundstück besteht aus drei Räumen. Der eine dient dem Verkauf von Erinnerungsgegenständen, von dort führt ein Drehkreuz zu dem Museum, dessen Hauptsehenswürdigkeiten der berühmte Amboß und eine alte ehrwürdige Postkutsche bilden. In diesem Raum sollen auch die Trauungen vollzogen worden sein. Das dritte Zimmer dient als Warteraum für die Besucher, die kommen, um die romantische Schmiede zu besichtigen. Welche Anziehungskraft sie noch immer ausübt, beweist die Tatsache, daß sie im vergangenen Jahre von 66 854 Personen besucht wurde, und da die Eintrittskarte für jeden Besucher 6 Cents kostet, so gingen an Eintrittsgeldern 1670 Pfund Sterling ein. Diese Einnahme liegt der Schätzung der Miete zugrunde. Der Vertreter des Klägers wies darauf hin, daß diese Bewertung nur zu recht fertigen sei, wenn es sich bei der Heiratschmiede von Gretna Green um ein tatsächliches Monopol handelte. Das sei aber nicht der Fall, da ja Trauungen wie in Gretna Green heute überall in Schottland vollzogen werden könnten. Das hindere allerdings nicht, daß die Trauungen in Gretna Green infolge der romantischen Erinnerung, die sich an den Ort knüpfen, noch immer eine Vorzugsstellung einnähmen. Der geforderte Mietspreis stehe aber im Widerspruch mit den Mieten, die für andere berühmte Erinnerungsstätten bezahlt würden. So erbringe das Haus von John Knox in Edinburgh eine Jahresmiete von 15 Pfund, das Haus Carlyles in Ecclefechan 5 Pfund und das Haus

von Burns 24 Pfund. Demgegenüber machte der Vertreter des Hausbesitzers geltend, daß für die Mietsfestsetzung der Ertrag des Besitzes zu gelten habe, der fast eine Monopolstellung einnehme. Diese geschäftliche Blüte verbürge die Anziehungskraft, die das Haus in Gretna Green noch immer auf die Touristen ausübe.

## Kleines Feuilleton

Brecht-Uraufführung.

„Die Mutter“, das neue Stück von Brecht, Eisler und Weisenborn, gelangt durch eine Arbeitsgemeinschaft „Brecht-Gruppe junger Schauspieler“ am 15. Januar im Berliner Theater in der Kommandantenstraße zur Uraufführung. Dem Stück liegt der Roman „Die Mutter“ Maxim Gorkis zugrunde.

Bassermann in der Volksbühne

In dem Napoleon-Drama „Der große Gefangene“ von Alexander Moissi, das als nächste Premiere der Berliner Volksbühne am 21. Januar in Szene geht, spielt Albert Bassermann die Titelrolle. Die Regie führt Jacob Geis.

Ein Hörfilm im Breslauer Rundfunk.

Am 12. Januar wird in Breslau ein Hörfilm „Kean oder: Genie und Irrsinn“ nach der berühmten Komödie von Alexander Dumas gesendet. Das Funk-Manuskript schrieb Erik Ernst Schwabach. Das Stück behandelt einen Ausschnitt aus dem Leben des großen englischen Schauspielers Kean.

Uraufführung eines Mascagni-Werkes.

„Pinotta“, das jüngst wieder aufgefundene Jugendwerk Pietro Mascagnis erscheint noch im Januar an der San Carlo-Oper in Rom als Uraufführung.

Nanuk redivivus.

Der 60jährige Robert Flaherty, der Regisseur des berühmten Eskimo-Films „Nanuk“, bereitet einen neuen Grönland-Film vor, der von der Gainsborough Pictures London hergestellt wird. Flaherty arbeitet aus Prinzip ohne Berufsschauspieler und verspricht sich von dem neuesten Nanuk-Film recht viel Erfolg.

Straßen aus Gummi

Der Hauptvorteil von Gummi bei der Verwendung für Straßendecken liegt in der Fähigkeit, Erschütterungen in weitestem Umfang zu absorbieren. In allen Großstädten gibt es heute viele Häuser, die infolge von Verkehrsererschütterungen dem Zusammenbruch nahe sind. Nach exakten Schwingungsmessungen wurde festgestellt, daß die Erschütterungen bei gummiplattierten Straßen nur 40 Prozent derjenigen von gutausgeführten Holzstraßen betragen, weshalb man in Amerika Gummi auch zur Pflasterung stark beanspruchter Brücken verwendet. Die englische Gummistraßengesellschaft hat bisher elf Versuchsstrecken angelegt; eine Gummistraße in London, die New-Bridge-Street, hat sich trotz der schweren Belastung sehr gut bewährt. Technisch ist das Problem gelöst, nicht aber die Kostenfrage; daher wird, fürs erste wenigstens, die Gummiplasterung sich nur dort durchsetzen, wo die besonderen Vorteile auch voll zur Geltung kommen, und wo die Anwohner zu den Kosten beisteuern, wie es schon bei einigen Londoner Banken der Fall war.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

16. Fortsetzung

Herr Fish hat sich frei gereldet. Er beginnt seine Sicherheit wieder zu erlangen und prüft eingehend Herrn H. W. Strongs Miene.

Diese aber verzieht sich nicht im geringsten und in einem überaus trockenen Ton erwidert H. W. Herrn Fish:

„Nun, ich werde der letzte sein, der Ihre Frau von solchen Schritten abzubringen versuchen wird.“

Herr Strong steht auf, doch Herr Fish macht nicht die geringste Anstalt, ihm nachzugehen.

„Darf ich Sie daran erinnern, Herr Strong, daß ein solcher Prozeß in aller Öffentlichkeit stattfindet, und daß es sich natürlich nicht vermeiden ließe, daß auch die Briefe bekannt würden?“

Tatsächlich setzt sich Herr Strong wieder, er ist ein Mann, der die Gefahr, die ihm droht, ganz kennen will. Nun, es kann nicht schaden, diesen obskuren Jüngling aussprechen zu lassen.

Herr Fish merkt, daß seine Drohungen einen gewissen Eindruck nicht verfehlt haben und spricht zufrieden weiter:

„Meine Frau ist durch die Aufregung schwer erkrankt, sie ist etwas konservativ in ihren Ansichten und paßt nicht ganz in die heutige Zeit. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß sie sicher Sympathien bei einem großen Teil des amerikanischen Publikums finden würde. Leider hat sich Fräulein Strong

in ihren Briefen keinen Zwang auferlegt und hat offen über ihr Familienleben, ja sogar über ihre Geschäftsangelegenheiten geschrieben.“

Herr Fish merkt mit aufrichtigem Vergnügen den aufflackernden Aerger in H. W. Strongs Augen.

„Ein unverzeihlicher Leichtsinns von Marjorie, — verzeihen Sie, ich meine: von Fräulein Strong! — aber sie war gewöhnt, mich als einen Bruder, für mehr als einen Bruder: als den vertrautesten Freund zu betrachten.“

Und jetzt nimmt Herr Fish ein beschriebenes Blatt Papier aus der Tasche und überreicht es Herrn Strong.

„Das wäre der Vertragsentwurf. Gegen den hier angeführten Betrag würde ich Ihnen sämtliche Briefe Marjories ausliefern, und meine Frau würde sich verpflichten, von allen weiteren Schritten abzusehen. Dieser Betrag könnte auch die Heilung meiner Frau ermöglichen, die jetzt in dürftigen Verhältnissen dahingeretieren muß.“

Herr Strong wirft das Stück Papier, nachdem er einen Blick hineingeworfen hat, dem jungen Mann wieder zu.

„Ihre Frau mußte also dahingeretieren, während Sie in der Lage waren, den Begleiter meiner Tochter zu spielen.“

Herr Fish streicht sorgenvoll seine Stirn. „Das ist es eben, deshalb will meine Frau Fräulein Strong, oder heute schon Frau Sedwick, verklagen.“

„Sie wollen also erpressen.“

„Erpressen? Man würde vielleicht in Europa davon sprechen, Herr Strong. Ich halte nicht sehr viel von unseren amerikanischen Einrichtungen, aber diese eine, die die finanzielle Wiedergutmachung seelischer Beleidigungen ermöglicht, scheint mir in sittlicher Hinsicht ein ungeheurer Fortschritt zu sein.“

„Es wäre mir angenehm, wenn ich das Wort „sittlich“ aus Ihrem Munde nicht hören müßte.“

„Ich hätte Sie gerade in dieser Hinsicht nicht für so empfindlich gehalten, Herr Strong, da Sie die „Sittlichkeit“ mit Hilfe von Drucker-schwärze immer gleich millionenfach mißbrauchen können, ohne daß jemand in der Lage wäre, sich dagegen zu verwehren.“

„Kommen wir endlich zur Sache.“

Doch Herr Fish scheint den Einwurf überhört zu haben.

„In Europa versucht man noch heute, Liebeserzählungen und Eifersucht mit Revolver und Vitriol abzureagieren. Wäre es nicht schrecklich, wenn meine Frau nach diesem Muster versuchen wollte, Marjories, — Verzeihung, ich meine Fräulein Strongs wunderschönes Gesicht zu zerstören?“

Er verbirgt wie in einer Aufwallung von Entsetzen sein Gesicht in den Händen.

Herr H. W. Strong mustert ihn mit Widerwillen, doch ohne etwas zu erwidern.

Herr Fish ist wieder zu sich gekommen.

„Wie beruhigend wirkt es dagegen, wenn man weiß, daß man sein Unglück in Zahlen umrechnen und dem Zerstörer seines Glücks die Rechnung präsentieren kann. Wenn es etwas gibt, worauf Amerika mit Recht stolz sein kann, so ist es sicher dieses. In Chicago, in allen großen Städten der Staaten ist die Zahl der Verbrechen ungleich höher, als in den Großstädten Europas...“

„Was fällt Ihnen ein, wollen Sie mir hier einen Vortrag über das Polizeiwesen halten?“ Aber Herr Fish läßt sich nicht ablenken.

„... Dagegen können wir mit Genugtuung feststellen, daß bei uns Verbrechen aus Lei-

denschaft, Eifersuchtstragödien und ähnliches überhaupt nicht vorkämen, wenn wir keine Fremden und Neger hätten.“

„Wenn Sie es weiter für nötig halten, sich in allgemeinen Redensarten zu ergehen, bin ich nicht mehr in der Lage, mir meine Zeit von Ihnen stehlen zu lassen.“

„Verzeihen Sie, Herr Strong, aber es liegt mir viel an Ihrem Urteil. Ich möchte, daß gerade Sie, der Sie so gern auf die sittliche und moralische Ueberlegenheit Amerikas hinweisen, meinen Schritt richtig begreifen.“

Herr Strong schlägt sich auf die Knie und zeigt sein Geiß.

„Ihre Unverschämtheit ist wirklich erheiternd, junger Mann.“

„Nun, vielleicht könnten wir doch noch zu dem gewünschten Abschluß kommen“, antwortet Herr Fish, während seine Hand schützend auf der Brust liegt, als hielte er dort ein kostbares Amulett verborgen.

„Zur Sache!“ ruft wieder Herr Strong.

Herr Fish scheint es an der Zeit zu sein, mit dem größten Trumpf herauszutreten. Seine Hand verschwimmt in der Brusttasche und bringt das bewußte Päckchen zum Vorschein, ein Bündel Briefe.

Jetzt ist er aufgestanden. Die Briefe fest in der Hand, läßt er auch die Tür nicht außer acht, denn er befürchtet, Herr Strong könnte auch vor Gewalttätigkeiten nicht zurückschrecken, um ihm die Briefe zu entreißen.

Er hält sie ihm also in vorsichtiger Entfernung vor die Augen, doch immerhin so nahe, um eine Prüfung zu ermöglichen.

Zweifelloso: Herr Strong hat die wenig regelmäßigen, wild durcheinander tanzenden Schriftzüge seiner Tochter erkannt. Er setzt eine Brille auf, wodurch seine Ähnlichkeit mit einem Methodistenprediger noch unterstrichen wird.

Herr Fish kann nicht umhin die Situation komisch zu finden.

(Fortsetzung folgt.)



## Düsseldorf

Einbrüche. In letzter Zeit mehren sich täglich die Meldungen über größere Einbrüche. So wurden in der Nacht zum Dienstag bei der Firma Warnecke, Stadtbrückchen, beide Schaufenster eingeschlagen und neun Coupons Herrenanzug- und Paletotstoffe im Werte von ungefähr 700 RM. gestohlen. Zur Ausführung des Diebstahls wurde ein Personenkrad genutzt, verwendet, der auf der Königsallee gestohlen war. — In der gleichen Nacht wurde ein Schaufenster einbruch in das Radiogeschäft Oststraße 114 ausgeführt. Hier wurden Radio-Apparate, Lautsprecher im Werte von 2000 RM entwendet. Auch bei diesem Einbruch wird angenommen, daß die Täter einen Kraftwagen verwendet haben.

## Dortmund

Der Pleitegeier kreist. Bürgermeister Hirsch, der Finanzdezernent Stadtrat Dr. Kaiser und Stadtverordnetenvorsteher Henfler haben nun den schon lange erwarteten Canossagang nach Berlin angetreten. Sie werden dort vor allem mit dem preußischen Innenminister Severing über Maßnahmen zur Behebung der Finanzschwierigkeiten Dortmunds beraten. Die Finanzlage der Stadt ist nämlich derart, daß Hilfe durch Reich und Staat zu einer Existenzfrage Dortmunds geworden ist. Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die die Dortmunder Finanzen zerrütten half, und die Behebung der daraus sich ergebenden Not und Finanzkalamität ist nach Ansicht maßgeblicher Kreise eine Angelegenheit, die Reich und Staat angehen und ihnen ein hilfreiches Eingreifen zur Pflicht machen. Es geht nicht nur um finanzielle Mittel, sondern auch um die Verhütung weiterer Zechenstilllegungen, durch die der Stadt weitere Lasten aufgebürdet würden. Wie dringend der Schritt nach Berlin war, beweist die Tatsache, daß den städtischen Beamten und Angestellten bisher nur ein Sechstel des Monatsgehältes ausbezahlt wurde und man bis zum Augenblick noch nicht weiß, woher die Mittel genommen werden sollen zur Auszahlung wenigstens des zweiten Sechstels.

## Duisburg-Hamborn

SPD muß Farbe bekennen. In einer Funktionärerversammlung des Gesamtverbandes der Fachgruppe Staats- und Gemeindearbeiter, in der man zur wirtschaftlichen und politischen Lage Stellung nahm, wurde unter dem Punkt der Tagesordnung: „Was ist das Gebot der Stunde?“ über die gebildete „Eiserne Front“ diskutiert. Von allen Seiten wurde betont, endlich aktiv zu werden und alles zu tun, um die Einheit der Arbeiterschaft herzustellen und die Kampfkraft zu festigen. Das Ergebnis der Versammlung war die einstimmige Annahme eines vom Genossen Graber (SAP) eingebrachten Antrages, von den Genossen Krüger (SAP), Niehüser (KPD) und R— (SPD) befürwortet: „Die am 5. Januar 1932 versammelten Funktionäre des Gesamtverbandes der Fachgruppe Staats- und Gemeindearbeiter erkennen die Notwendigkeit der Bildung der „Eisernen Front“ an. Da dieselbe sich aber nur aus den Freien Gewerkschaften, Reichsbanner und SPD zusammensetzt, alle übrigen Organisationen des Proletariats aber unberücksichtigt läßt, zeigt sich, daß die Basis der „Eisernen Front“ sehr schmal ist. Die versammelten Funktionäre fordern deshalb die Einbeziehung aller proletarischen Organisationen in die „Eiserne Front“. Der Antrag wird dem Gewerkschaftskartell zugeleitet. Einige Tage vorher hatte eine Funktionärerversammlung des Gesamtverbandes Ortsgruppe Hamborn, die sich ebenfalls mit der „Eisernen Front“ beschäftigte, dasselbe Ergebnis. Hier hatte Genosse Sitte (SAP) eine ähnliche Entschließung eingebracht, die von den Genossen Krüger und Graber befürwortet wurde. Ein Nachsatz der Entschließung, der den „Offenen Brief“ der SAP begrüßt, wurde durch energischen Einspruch des Genossen D—: „Wir lassen uns nicht politisch einseitig festlegen“ — gegen 6 Stimmen abgelehnt.

## Ratigen

Keiner will zuständig sein. — Die Forderungen der Fürsorgearbeiter agehnt. Am 28. Dezember hatten die städtischen Fürsorgearbeiter in einer Belegschaftsversammlung zu ihrer traurigen Lage — in Anwesenheit von Vertretern der SAP- und KPD-Stadtratsfraktionen — Stellung genommen. Das Resultat der anregend verlaufenen Versammlung war die Aufstellung einer Reihe von Forderungen, die der Stadtverwaltung alsbald unterbreitet werden sollten. Die anwesenden Stadtverordneten der SAP und KPD — die bürgerlichen Fraktionen hatten trotz Einladung keinen Vertreter entsandt, die SPD ist im Stadtrat nicht vertreten — sagten den all zu berechtigten Forderungen volle Unterstützung zu. Verhandlungen zwischen Vertretern der Fürsorgearbeiter und dem Stadtbauamt führten zu keinem Ergebnis. Am 4. Januar erhielt nun der Obmann der Fürsorgearbeiter einen schriftlichen Bescheid, der auch den Fraktionen als Abschrift zugeht. In dieser Antwort wird seitens der Stadtverwaltung darauf hingewiesen, daß die meisten der aufgestellten Forderungen weder zur Zuständigkeit der Stadtverwaltung noch des Stadtrats gehörten. Sie seien deshalb zur zuständigen Stelle geleitet worden. So dreht sich zum Schaden der hungernden Proleten wegen der Zuständigkeitsfrage alles im Kreise herum. „Das Stadtbauamt wird darauf bedacht sein, daß die Baubuden den gesetzlichen Vorschriften genügen“. So heißt es in einer Stelle der bürgermeisterlichen Antwort. Und das Stadtbauamt ist wirklich „bedacht“ gewesen. Es wurden ein paar alte Bretter in den „Baubuden“ als „Fußboden“ hingeworfen und damit waren nach Meinung des Baurats die gesetzlichen Vorschriften erfüllt. In einer am 4. Januar stattgefundenen überfüllten Versammlung nahmen die Fürsorgearbeiter und Wohlfahrtserwerbslosen abmalige Stellung zu den Forderungen. Ueber den ab-

## Frontkämpfer Ernst Heilmann

Nach Ablauf des auch von der SPD tolerierten Weihnachtsfriedens hatten SPD, ADGB und Reichsbanner für Mittwochabend in der Tonhalle zu einer öffentlichen Kundgebung aufgerufen. Heilmann, der Führer der SPD im preußischen Landtag, Ernst Heilmann, Erbt... Front war, um seine vaterländische Pflicht zu erfüllen. „Wir haben das Recht, uns Frontsoldaten zu nennen“. Das Wort Vaterland scheint bei Heilmann einen ganz besonderen Platz einzunehmen. In jedem zweiten Satz war es bei ihm wieder das deutsche Vaterland, wofür wir zu kämpfen haben. Wörtlich sagte er: „Indem wir gegen die Nationalsozialisten kämpfen, kämpfen wir für das deutsche Reich und für den deutschen Rhein.“ Ueber die Wirtschaftskrise, über die brutale Abbaumethoden der deutschen Bourgeoisie hatte der Führer der SPD in Preußen kaum etwas, über die ungeheure Not der Erwerbslosen überhaupt nichts zu sagen. Mit einigen Bemerkungen übergang er Weltwirtschaftskrise und Notverordnungs politik. Interessant ist noch seine Feststellung, daß... der Sozialismus den Kapitalismus bereits auf der ganzen Linie geschlagen habe. Ueber solche Heilmannsche Scharfsinnigkeiten können sich dann die sozialdemokratischen Arbeiter beruhigen, bis zur nächsten Notverordnung der Sieg über die Kapitalisten noch deutlicher wird. Nach Heilmann sprach vom Reichsbanner Gauleiter

lehndenen Bescheid der Stadtverwaltung herrschte allgemeine Empörung, die darin zum Ausdruck kam, daß die Fürsorgearbeiter, um ihren gerechten Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, auch vor dem letzten Mittel nicht zurückschrecken werden. Namens der SAP-Fraktion des Stadtrats erklärte Stadtverordneter Genosse Issel, daß seine Fraktion sich voll und ganz hinter die Forderungen der Fürsorgearbeiter stellen würde. Dem Wunsche der Versammlung entsprechend werden nunmehr die Fraktionen der SAP und KPD eine dringende Stadtratsitzung beantragen. Dann wird sich zeigen, inwieweit Stadtverwaltung und bürgerliche Fraktionen gewillt sind, den gerechten Forderungen der Fürsorgearbeiter entgegenzukommen.

Im Zeichen des Lohnabbaus. Für die Arbeiter der Rheinischen Spiegelglasfabrik Ratingen-Eckamp wurden die Lohnsätze ab 1. 1. 1932 in allen Stufen um 9 Prozent ermäßigt. Gültigkeitsdauer mit einmonatiger Kündigungsfrist bis 30. 4. 1932. — Für die Belegschaft der Ruwa-Fleischwarenfabrik Ratingen gelten ab 1. 1. 1932 folgende Lohnsätze: Metzgergesellen über 23 Jahre: 92 Pfg., von 20 bis 25 Jahren: 84 Pfg., bis zu 20 Jahren: 76 Pfg. Stundenlohn. Gesellen im ersten Jahre erhalten 73 Pfg. Für die Chauffeure über 23 Jahre wurde der Stundenlohn auf 84 Pfg. und für solche unter 23 Jahren auf 76 Pfg. festgesetzt. Heizer erhalten 70 Pfg. und Arbeiter 65 Pfg. Gültigkeitsdauer bis 31. 7. 1932. Kündigungsfrist 1 Monat.

Die Hungerigen und die Satten. Auf Veranlassung der Stadt mit städtischer und privater Unterstützung wird im hiesigen katholischen Krankenhaus eine Volksküche unterhalten. Der Preis des Essens beträgt 20 bzw. 25 Pfg. An Sonntagen gibt es jedoch kein Essen. Aber nicht nur an Sonntagen, auch an den katholischen, dabei nicht mal gesetzlichen Feiertagen halten es die katholischen Schwestern des Krankenhauses als durchaus mit ihren Grundsätzen von der christlichen Nächstenliebe vereinbar, daß die Opfer der göttlichen Weltordnung hungern können.

Es wird geprüft. Wie die Stadtverwaltung der Presse mitteilt, ist sie augenblicklich mit der Feststellung beschäftigt, wie sich die Notverordnung vom 6. 12. 31 auf die städtischen Finanzen auswirkt. Dem Finanz- und Verwaltungsausschuß soll alsbald Aufklärung gegeben werden. Zur Erörterung der Gesamtlage sollen die Stadtverordneten noch in diesem Monat Stellung nehmen. Notverordnung, Senkung der Löhne und Gehälter und noch mehr gesteigerte Sparsamkeit würden, dies ist der Standpunkt der Verwaltung, den Fehlbetrag um ein Erkleckliches herunterdrücken, wenn durch die stetig steigende Zahl der Erwerbslosen nicht alle Hoffnungen über den Haufen geworfen würden.

## Köln

Vormarsch der Opposition im Gesamtverband — Wachsender Einfluß der SAP. Am Montagabend fand im großen Saale des Volkshauses eine Versammlung des Gesamtverbandes statt. In den letzten Versammlungen hatte es sich immer deutlicher gezeigt, daß die Mehrheit der Genossen unbedingt für eine Lösung von der SPD-Politik ist. Die Bürokratie macht natürlich verzweifelte Anstrengungen und versucht mit allen Mitteln, den Einfluß der SAP zu brechen. Als z. B. unsere Genossen vor dem Volkshaus Flugblätter verteilten, erschien der Bevollmächtigte des DMV, Lüdemann, um mit einer Schimpfkanonade unsere Genossen zu vertreiben. Als das ohne Erfolg blieb, kam bald darauf „zufällig“ eine Abteilung Schupo. Wie solche Mittel doch die Einheit der Gewerkschaften festigen, Genosse Lüdemann! In der Versammlung bemühte sich Genosse Längersdorf (Berlin), den Verbandsmitgliedern das bisherige Versagen der Gewerkschaften verständlich zu machen. Daß Längersdorf keinen großen Erfolg hatte, zeigte der starke Beifall nach den oppositionellen Diskussionsreden. Die Mehrzahl der Vertreter der Opposition waren SAP-Mitglieder. Trotz aller Anstrengungen im Schlusswort, trotz aller „Technik“ der Versammlungsleitung bei der Stimmzählung blieb die Resolution, die eine Trennung von der SPD verlangte, nur mit 10 Stimmen in

Petersdorf für den verhinderten Hölttermann, der als Redner vorgesehen war. Petersdorf versuchte sich in Liebeswerbungen um das Zentrum, das bisher noch wenig Neigung zeige, in der „Eisernen Front“ zu marschieren. Für die Freien Gewerkschaften sprach Reichstagsabgeordneter Böckler, der besonders den Schutz der gewerkschaftlichen Einrichtungen forderte. Auf einen Zwischenruf, daß auch dem Sozialabbau Einhalt geboten werden müsse, bemerkte Böckler, daß auch dies ganz wichtig sei, aber er müsse auch feststellen, daß trotz der vierten Notverordnung die deutschen Arbeiter an Sozialleistungen allen anderen Ländern voraus seien. Es war also beschämend wenig, was die „Eiserne Front“ den Arbeitern als Kampfzweck zu geben hat. Verständlich ist, daß bei einem so schwächlichen Programm es nur zu einer Kundgebung langte, denn man hat ja ein Interesse daran, jede andere Meinung von den SPD-Arbeitern fernzuhalten. Die Kundgebung war eine großtönende Phrase. Kein Wort über Maßnahmen bei weiterem Lohn- oder Sozialabbau, kein Wort darüber, wie die „Eiserne Front“ eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der deutschen Arbeiterschaft abwehren will. Mit Heilmannschen Phrasen: „Wir sind die besten Deutschen“ wird kein Arbeiter seine Not überwinden. Nicht die Front mit dem Bürgertum, nur die Klassenfront des Proletariats wird Kapitalismus und Faschismus überwinden.

der Minderheit. Aber auch so bedeutet das Ergebnis der Versammlung einen großen Erfolg für die Opposition, die ständig an Einfluß gewinnt, seitdem die SAP die Führung übernommen hat.

## Knapsack

Neues von der gußeisernen Front! Wie wir der „Soz. Republik“ entnehmen, hat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Knapsack sich neue Lorbeeren erobert. Der Schupo-Führer hat es nicht gelitten, daß die KPD während des Weihnachtsfriedens Flugblätter verteilte. Er konnte es nicht dulden, daß die von Hindenburg-Brüning herausgegebene Notverordnung nicht eingehalten wurde. Er meldete einen Funktionär der KPD der Polizei, um auf diese Weise den Proleten Achtung vor der Republik beizubringen. Der Denunziant ist ein Musterbeispiel dafür, welche Gedankengänge den Mitgliedern des Reichsbanners beigebracht werden. Dieser Vorfall beweist wieder einmal, auf welcher Seite der Klassenfront das Reichsbanner im gegebenen Moment steht. Gefreut hat uns nur das eine, daß über diese Heldentat die Arbeiterschaft aller Richtungen entrüstet ist. Viele Reichsbannermitglieder haben die beste Antwort erteilt und sind aus der „eisernen Front“ ausgetreten. Wir erteilten der SPD noch vor kurzem den Rat, ihr politisches Porzellan zu hüten. Und schon ein Tag darauf schlägt wieder so ein „Klassenkämpfer“ neues Porzellan entzwei. Nur weiter so, um so schneller gehen den heute noch nicht klar sehenden Genossen von der SPD die Augen auf.

Der Kampf für den Sozialismus in der „Rheinischen Zeitung“. Wir haben eine Ortsgruppe der SAP gegründet und sogleich treten SPD-Männer in der „Rheinischen Zeitung“ in Aktion, um diejenigen zu begeistern, die sich von Trug und Trägheit der SPD-Politik angewidert, in die Front aktiver Arbeit für Einheit und Interesse des gesamten Proletariats einreihen. Leser der „Rheinischen Zeitung“, kämpft mit uns für unser Ziel, für den Sozialismus.

## Kassel

Eine Ortsgruppe der SAP wird hier gegründet. Wer uns helfen will, wer in Kassel oder der näheren und weiteren Umgebung gleichgesinnte Genossen weiß, melde sich schriftlich oder persönlich bei: Kurt Adlung, Kassel, Schloßplatz 2; Hein Herbers, Kassel, Kronprinzstraße 2; Georg Sternberg, Kassel, Ob. Gasse 56.

## Frankfurt a. Main

Die Merzwerke in Rödellheim zahlen keine Löhne mehr. Seit der zweiten Dezemberwoche erhält die Belegschaft der Merzwerke nicht mehr vollständig ihre Löhne. 8 Wochenlöhne werden nur teilweise ausgezahlt. Zu Silvester konnte überhaupt nichts ausgezahlt werden. Für den Fall, daß diesen Freitag nicht der volle Wochenlohn und ein Teil der rückständigen Lohngehälter gezahlt werden, ist die Belegschaft fest entschlossen, mit Klage vorzugehen, was die Schließung des Betriebes zur Folge hätte. Die Beamten und Angestellten erhalten schon seit Juni 1931 nicht mehr regelmäßig ihre Gehälter. Wie uns weiter mitgeteilt wird, soll die Firma über eine halbe Million Außenstände haben.

## Mainz

Arbeitgeber Reichsbahn. Wo überall der Kapitalismus in seiner Desorganisation zu den widerlichsten Methoden greift, darf als eines seiner ersten und bürokratischsten Glieder die Deutsche Reichsbahngesellschaft nicht fehlen. Wie anders kann man es bezeichnen, wenn dort bei dem Abbau des Fahrpersonals Schaffner ohne weiteres den sogenannten „Eisenbahnhundendienst“ einverleibert werden. Anstatt, daß man diese Leute ihrem verwandten Betriebsdienst und der Bahnbewachung zuteilt, glaubt man mit Vermehrung der „Eisenbahnpolizei“ der Sicherheit der Reichsbahn mehr zu dienen.

## Offenbach a. M.

SAP-Versammlung. Am Dienstag, den 5. Januar fand im Saale des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Protestversammlung der SAP statt, in der gegen die Verschärfung der Wirtschaftskrise durch die Notverordnun-

gen und zur Frage: „Wie schaffen wir die Einheitsfront gegen Faschismus und Ausbeutung?“ Stellung genommen wurde. Vor Beginn der Versammlung stellte Genosse Heibach die falsche Schreibweise des „Offenbacher Abendblattes“ (Organ der SPD) fest, welches auch die Falschmeldung brachte, Genosse Ströbel sei aus der SAP ausgeschlossen worden. Genosse Ströbel ist freiwillig und ohne Zwang aus der SAP ausgetreten. Nach dieser Richtigstellung nahm der Referent Genosse Portune, Frankfurt, das Wort zu seinen Ausführungen. Die Aufgabe der Arbeiterschaft im Jahre 1932 sei es, sich zur Einheitsfront, selbst über die Führer und Parteien hinweg, zusammenzuschließen, um der drohenden faschistischen Gefahr entschlossen entgegenzutreten zu können. Die Auseinandersetzungen zwischen den proletarischen Parteien müßten sachlich ausgetragen werden. In der Diskussion sprach als erster Genosse Keil (KPD), der aber nichts Neues gegen die SAP vorbrachte. Genosse Heucke (KPO), stellte die Schiefheiten des Genossen Keil richtig, der sich manche bittere Wahrheiten von Heucke sagen lassen mußte. Genosse Heucke versicherte, daß trotz politischer Meinungsverschiedenheiten mit der SAP die KPO mit der SAP in Frage der Einheitsfront zusammenarbeiten wolle. Genosse Gültig (Anarcho-Syndikalist) bezeichnete die Frage der Einheitsfront als eine Lebensfrage der Arbeiterschaft; auch er sprach sich im Sinne der Zusammenarbeit aus. Als letzter Redner sprach Genosse Pies (SPD) über die Auswirkung der Notverordnungen auf die Renten der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, er wandte sich scharf gegen die Tolerierungspolitik der SPD und brachte eine Resolution in diesem Sinne ein, die einstimmig angenommen wurde. Nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Portune, der die Ausführungen der einzelnen Redner streifte und zur Bildung der Einheitsfront aufrief, wurde die gut besuchte und gutverlaufene Versammlung mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationalen“ geschlossen.

KPD-Versammlung. Im Saale des Stadtparkes zu Offenbach fand am 4. Januar eine stark besuchte Versammlung der KPD statt mit dem Ziel, die „Rote Einheitsfront“ zu formieren. Das Referat der erst aus der SPD übergetretenen Genossin Jakobshagen verriet noch sehr viel SPD-Auffassung und konnte in der Diskussion vom KPD-Redner Galm einer gründlichen Kritik unterzogen werden. Es geht nicht an, zur Einheitsfront aufzurufen mit ausdrücklicher Betonung: „ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit“, um im gleichen Augenblick den Genossen anderer proletarischer Parteien das Recht abzusprechen, von ihrem Standpunkt aus der Einheitsfront zu dienen. So ließ die Versammlungsleitung den Vertreter des „Antifaschistischen Kartells“ von Offenbach deshalb nicht sprechen, weil er zur Anarcho-Syndikalistischen Bewegung gehört. Genossin Rudolph von der SAP wies auf die nutzlose Auseinandersetzung über Fehler, die zurückliegen, hin. Wir müssen vorwärts schauen, uns verstehen und auf der Basis gegenseitiger Achtung zur „Roten Einheitsfront“ kommen. Das Resultat dieser Versammlung war ein aus den Besuchern ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit gewähltes Komitee, welches die Vorbereitung der kommenden revolutionären Aufgaben übernimmt. Die KPD-Offenbach wird nun beweisen müssen, ob es ihr mit der überparteilichen Einheitsfront ernst ist.

Verhöhung der Erwerbslosen. Die Stadt gibt jedem erwerbslosen Haushaltungsvorstand einen Kartoffelbezugschein, wonach er 10 Pfund Kartoffel zu verbilligtem Preise erhält. Wie billig? Das Pfund  $\frac{1}{10}$  Pfennige billiger als der Tagespreis, also statt für 5 Pfg. nur für 4 und  $\frac{1}{10}$  Pfg. Der Kartoffelbezugschein beiderseitig bedruckt, insgesamt 12 Pfg. Verbilligung darstellend, dürfte bei seiner 16—17 000fachen Ausgabe mehr kosten, als er den Erwerbslosen gewährt. Aber wir haben doch wenigstens einen Kartoffelbezugschein! Wenn jetzt noch Brüning dazu übergeht,  $\frac{1}{10}$  Pfg.-Stücke zu prägen, dürfte die soziale Frage gelöst sein. Daß es auch Erwerbslose gibt, die diesen Schein beim Empfang in Atome zerrissen, bleibt uns unverständlich, die Wohltaten einer weisen Stadtverwaltung werden nicht gewürdigt!

## Nieder-Ingelheim

In einer Gemeinderatsitzung stand der Dringlichkeitsantrag des Erwerbslosen Ausschusses betr. Winterbeihilfe zur Debatte. Es wurde eine Teilzahlung, für Verheiratete 10 Mark, Ledige 5 Mark, zahlbar noch vor Weihnachten, verlangt. Unser Genosse Hassemer begründete überzeugend den Antrag und wies den Gegenantrag des Bürgermeisters von 6 und 3 Mark als ungenügend zurück. Er sei ja auch Geld für die höheren Gemeindebeamtengehälter auszusuchen, als vom Rat beschlossen, dagewesen. Schließlich ging der Antrag, nachdem sich auch mehrere bürgerliche Vertreter dafür ausgesprochen, durch, so daß über 200 Erwerbslose wenigstens etwas Bargeld am Weihnachtsabend erhielten.

## Organisationsnachrichten

SAP Reifagen. Donnerstag, 14. Jan. 20 Uhr, allgemeine Funktionärersitzung im Volkshaus. — Samstag, 16. Jan. 20 Uhr, Generalversammlung im Volkshaus. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Stedell, Chemnitz: „Die faschistische Gefahr und die Arbeiterklasse“. Auswahl des Vorstandes. — Dienstag, 12. Jan. 20 Uhr, im Volkshaus wichtige Besprechung aller SAP-Gewerkschaftler. Tagesordnung: Die Aufgaben der SAP in den Gewerkschaften. SJV Bezirk Westfalen. Sonntag, 10. Jan. 9.30 Uhr, im Bochum wichtige Gruppenführersprache. Jede Gruppe des Bezirks muß vertreten sein. Die noch rückständigen Fragebogen mitbringen. — Samstag, 9. Jan., in Bochum, erweiterte Bezirksvorstandssitzung. Die Unterbezirksleiter nehmen an der Sitzung teil. Alles Nähere über beide Veranstaltungen durch Rundschreiben. SJV Düsseldorf, Kriegergrube Bilk. Jeden Montag, 17 bis 10 Uhr, in der Friedensschule. Volkischer Reifagen. Sonntag, 10. Jan. 17 Uhr, im Volkshaus Probe. Anschließend Generalversammlung. Versöhnliches Erscheinen, auch der passiven Mitglieder wird erwartet.



# Feuilleton der SAZ

## Raum für alle hat die Erde? Zwei wahre Erlebnisse an einem Tag

Es war in einem kleinen Automatenrestaurant, etwas abseits vom Verkehrszentrum Berlins. An einem dieser naschkalten, scheußlichen Dezembertage, an denen es überhaupt nicht richtig hell wird. Man fröstelt den ganzen Tag und geht nur ungern hinaus auf die glitschigen Straßen.

Ich trat ein in den Automaten, um schnell im Vorübergehen eine Tasse heißen Kaffees zu trinken. Ich nehme Platz an einem der kleinen Tische, an dem nur ein junges Mädchen sitzt. Eine schon geleerte Tasse steht vor ihr. Sie ist vertieft in ein Buch und schaut gar nicht auf. Sie ist einfach, fast ärmlich gekleidet. Müde sieht sie aus, das junge Gesicht grau und unterernährt und wie erloschen.

Arbeitslose, kleine Stenotypistin — schätze ich — daß sie um diese Zeit hier sitzen kann und lesen! Während ich noch Ueberlegungen anstelle, was für eine Art Lektüre es sein mag, mit der sie ihre Zeit — das einzige offensichtlich, woran sie keinen Mangel leidet — totschlägt, tritt der Hausdiener an unseren Tisch. In unfreundlichem Ton fordert er das Mädel auf, endlich den Platz zu räumen und murmelt was von — „stundenlang bei einer Tasse Kaffee hier sitzen, — doch keine Lesehalle, keine Wärmehalle, so ein Automat —“.

Ein paar Umsitzende nehmen Partei gegen diese rauhe Unfreundlichkeit und meinen, das Mädel nehme ja niemandem den Platz weg, und man könne in einem Lokal sitzen, solange es einem passe!

Aber das Mädel hat schon das Buch zugeklappt. Keine Miene verzieht sich in dem müden Gesicht. Ohne ein Wort zu erwidern, verläßt sie das Lokal. Ganz offenbar hat sie das schon öfter erlebt, daß man sie fortweist wegen zu langen Sitzens.

Mir will nicht warm werden bei meiner Tasse heißen Kaffees. Immer sehen ich das arbeitslose Mädel vor mir. Sehe, wie sie noch eine Weile herumläuft in den nassen, schmutzigen Straßen. Ziellos, hoffnungslos, mit dem jungen, schon so erloschenen Gesicht. Ich sehe sie schließlich müde und erfroren in irgendeiner unauberen, finsternen Schlafstelle landen. Zu einem warmen, hellen Zimmer reichs ja schön lange nicht mehr. Da schlägt sie die Stunden, die Tage tot bei einer billigen Tasse Kaffee in einem kleinen häßlichen Automatenrestaurant und stiehlt sich ein bißchen Wärme und Licht, bis man sie hinauswirft. Ein Automat ist halt keine Wärmehalle! Und für arbeitslose Mädel, die nichts verzehren, keine „Zeche“ machen können, ist da kein Platz!

Noch bedrückt von diesem kleinen Erlebnis, mache ich mich auf den Heimweg. An einer Stadtbahnunterführung halte ich Ausschau nach meiner Straßenbahn. Da sehe ich, wie ein Mann an Krücken, mit zwei elenden Beinstümpfen (viel scheint der glorreiche Krieg ihm von ihnen nicht übrig gelassen zu haben!) sich mühselig auf das schmutzige Pflaster an der Ecke der Unterführung niedersetzt.

Was will ein Mensch, der sich in Kälte und Dreck auf das nackte Pflaster niedersetzt?

Er will das Mitleid der Vorübergehenden erwecken, will betteln, Geld „verdienen“. Ein leichter Verdienst scheint es mir nicht zu sein, so dazusitzen in Kälte, Wind und Regen auf der harten, nackten Erde, der „Mutter Erde“, wie die Dichter manchmal sagen.

Aber bettelnd Geld verdienen zu wollen, ist etwas Verbotenes. Das weiß auch der Schupomann da drüben an der anderen Ecke, daß Betteln verboten ist. Eilig kommt er angewandelt, einzuschreiten — seine Pflicht zu tun! Man muß es ihm lassen, er tut seine Pflicht in ruhiger und verständiger Weise. Leise und unaufdringlich beugt er sich über den Krüppel und sagt ihm, daß hier kein Platz sei, zu sitzen und zu betteln.

Stumpf und resigniert, ohne ein Wort des Widerspruchs oder der Auflehnung, klettert der Bettler mühsam wieder hoch und schleppt sich weiter die Straße entlang. Eine endlose, graue, trübe Straße. Wo mag sie enden, wohin führen?

— „Das Gesetz aber in seiner erhabenen Majestät ist gleich für alle! Es verbietet den Armen wie den Reichen, unter den Brücken zu schlafen, zu betteln und Brot zu stehlen!“ — — — C. K.-L.

## Die „menschlich reine Atmosphäre“

Filmkritik in Zwickau

„Luise.“ Dieser technisch und filmisch-photographisch ausgezeichnete Film bemüht sich mehr als die herkömmlichen Preußen- und Hohenzollernfilme um die geschichtliche Wahrheit, aber die allzu starke Ablenkung durch die Gestalt und die Geschichte der Luise erschwert ihre klare Erfassung. Die menschlich reine Atmosphäre um diese Frau (die so nur Henny Porten verkörpern konnte) überstrahlt alle Bilder in einem solchen Maße, daß dem Publikum kaum die Trostlosigkeit jener Zeit bewußt wird...

Aus einer Filmkritik des sozialdemokratischen „Sächsischen Volksblatt“ in Zwickau.

## Gegen die Buchverbote

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ schreibt: „In der Öffentlichkeit sind in letzter Zeit eine Reihe von Buchverboten, so unter anderem das vom Neuen deutschen Verlag herausgegebene Buch „Rote Signale“, das von Ernst Friedrich verfaßte Buch „Festung Gollnow“, das von Klaus Neukrantz verfaßte Buch „Barrikaden am Wedding“ bekannt geworden. Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ anerkennt selbstverständlich das Recht des Staates, gegen den gewaltsamen Umsturz Maßnahmen zu ergreifen. Es ist aber nicht der Zweck der Notverordnung und Aufgabe der Behörden, unbecommene Kritik mundtot zu machen. Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ muß dagegen Protest erheben, daß die Notverordnung mißbraucht wird, um Druckerzeugnisse zu verbieten, gegen die strafrechtlich nicht vorgegangen werden kann.“

## Dachantenne muß geduldet werden

In einer Antennen-Streitfrage hat ein Berliner Landgericht als Berufungsinstanz zugunsten eines klagenden Mieters entschieden, und zwar in der Art, daß der Hauswirt die Anbringung einer Dachantenne dulden muß.

In den Entscheidungsgründen heißt es u. a.: „Es kann dahingestellt bleiben, ob der Rundfunk geeignet ist, Kultur und allgemeine Bildung der Rundfunkhörer zu fördern, jedenfalls dient er der Unterhaltung weiter Kreise. Es würde wider Treu und Glauben verstoßen, wenn die Beklagte dem Kläger die Teilnahme am Rundfunk versagen würde. Die Tatsache, daß der Kläger bisher lediglich eine Zimmerantenne verwandt habe, ist kein Grund dafür, ihm die Anbringung einer Dachantenne zu verbieten. Denn diese vermittelt bekanntlich einen besseren Empfang als eine Zimmerantenne. Ferner ist auch die Tatsache, daß durch die Antenne Beschädigungen am Haus verursacht werden können, bedeutungslos, denn der Kläger ist als Rundfunkteilnehmer ohne weiteres gegen Antennenschäden versichert.“

## Die Heiratsschmiede

Die Werkstatt des Schmiedes von Gretna Green, wo auf dem Amboß die Ehefesseln geschmiedet werden, war der Mittelpunkt eines Prozesses, der kürzlich vor dem Schiedsgericht für Mietstreitigkeiten in Edinburgh verhandelt wurde. Der Kläger Hugh Mackie von Gretna Green forderte die gerichtliche Festsetzung der Jahresmiete für das berühmte Haus, die von 38 Pfund Sterling auf Grund erneuerter Schätzung auf 900 Pfund Sterling erhöht worden war. Das in Betracht kommende Grundstück besteht aus drei Räumen. Der eine dient dem Verkauf von Erinnerungsgegenständen, von dort führt ein Drehkreuz zu dem Museum, dessen Hauptsehenswürdigkeiten der berühmte Amboß und eine alte einwürdig Postkutsche bilden. In diesem Raum sollen auch die Trauungen vollzogen worden sein. Das dritte Zimmer dient als Wartenraum für die Besucher, die kommen, um die romantische Schmiede zu besichtigen. Welche Anziehungskraft sie noch immer ausübt, beweist die Tatsache, daß sie im vergangenen Jahre von 66 854 Personen besucht wurde, und da die Eintrittskarte für jeden Besucher 6 Cents kostet, so gingen an Eintrittsgeldern 1670 Pfund Sterling ein. Diese Einnahme liegt der Schätzung der Miete zugrunde. Der Vertreter des Klägers wies darauf hin, daß diese Bewertung nur zu recht fertigen sei, wenn es sich bei der Heiratsschmiede von Gretna Green um ein tatsächliches Monopol handelte. Das sei aber nicht der Fall, da ja Trauungen wie in Gretna Green heute überall in Schottland vollzogen werden könnten. Das hindere allerdings nicht, daß die Trauungen in Gretna Green infolge der romantischen Erinnerung, die sich an den Ort knüpfen, noch immer eine Vorzugsstellung einnehmen. Der geforderte Mietpreis stehe aber im Widerspruch mit den Mieten, die für andere berühmte Erinnerungsstätten bezahlt würden. So erbringe das Haus von John Knox in Edinburgh eine Jahresmiete von 15 Pfund, das Haus Carlyles in Ecclefechan 5 Pfund und das Haus

von Burns 24 Pfund. Demgegenüber machte der Vertreter des Hausbesitzers geltend, daß für die Mietsfestsetzung der Ertrag des Besitzes zu gelten habe, der fast eine Monopolstellung einnehme. Diese geschäftliche Blüte verbürge die Anziehungskraft, die das Haus in Gretna Green noch immer auf die Touristen ausübe.

## Kleines Feuilleton

Brecht-Uraufführung.

„Die Mutter“, das neue Stück von Brecht, Eisler und Weisenborn, gelangt durch eine Arbeitsgemeinschaft „Brecht-Gruppe junger Schauspieler“ am 15. Januar im Berliner Theater in der Kommandantenstraße zur Uraufführung. Dem Stück liegt der Roman „Die Mutter“ Maxim Gorkis zugrunde.

Bassermann in der Volksbühne

In dem Napoleon-Drama „Der große Gefangene“ von Alexander Moissi, das als nächste Premiere der Berliner Volksbühne am 21. Januar in Szene geht, spielt Albert Bassermann die Titelrolle. Die Regie führt Jacob Geis.

Ein Hörfilm im Breslauer Rundfunk.

Am 12. Januar wird in Breslau ein Hörfilm „Kean oder: Genie und Irrsinn“ nach der berühmten Komödie von Alexander Dumas gesendet. Das Funk-Manuskript schrieb Erik Ernst Schwabach. Das Stück behandelt einen Ausschnitt aus dem Leben des großen englischen Schauspielers Kean.

Uraufführung eines Mascagni-Werkes.

„Pinotta“, das jüngst wieder aufgefundene Jugendwerk Pietro Mascagnis erscheint noch im Januar an der San Carlo-Oper in Rom als Uraufführung.

Nanuk redivivus.

Der 60jährige Robert Flaherty, der Regisseur des berühmten Eskimo-Films „Nanuk“, bereitet einen neuen Grönland-Film vor, der von der Gainsborough Pictures London hergestellt wird. Flaherty arbeitet aus Prinzip ohne Berufsschauspieler und verspricht sich von dem neuesten Nanuk-Film recht viel Erfolg.

Straßen aus Gummi

Der Hauptvorteil von Gummi bei der Verwendung für Straßendecken liegt in der Fähigkeit, Erschütterungen in weitestem Umfang zu absorbieren. In allen Großstädten gibt es heute viele Häuser, die infolge von Verkehrserschütterungen dem Zusammenbruch nahe sind. Nach exakten Schwingungsmessungen wurde festgestellt, daß die Erschütterungen bei gummiempflasterten Straßen nur 40 Prozent derjenigen von gutausgeführten Holzstraßen betragen, weshalb man in Amerika Gummi auch zur Pflasterung stark beanspruchter Brücken verwendet. Die englische Gummistraßengesellschaft hat bisher elf Versuchsstrecken angelegt; eine Gummistraße in London, die New-Bridge-Street, hat sich trotz der schweren Belastung sehr gut bewährt. Technisch ist das Problem gelöst, nicht aber die Kostenfrage; daher wird, fürs erste wenigstens, die Gummiempflasterung sich nur dort durchsetzen, wo die besonderen Vorteile auch voll zur Geltung kommen, und wo die Anwohner zu den Kosten beisteuern, wie es schon bei einigen Londoner Banken der Fall war.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

16. Fortsetzung

Herr Fish hat sich frei geredet. Er beginnt seine Sicherheit wieder zu erlangen und prüft eingehend Herrn H. W. Strongs Miene.

Diese aber verzieht sich nicht im geringsten und in einem überaus trockenen Ton erwidert H. W. Herrn Fish:

„Nun, ich werde der letzte sein, der Ihre Frau von solchen Schritten abzubringen versuchen wird.“

Herr Strong steht auf, doch Herr Fish macht nicht die geringste Anstalt, ihm nachzugehen.

„Darf ich Sie daran erinnern, Herr Strong, daß ein solcher Prozeß in aller Öffentlichkeit stattfinden, und daß es sich natürlich nicht vermeiden ließe, daß auch die Briefe bekannt würden?“

Tatsächlich setzt sich Herr Strong wieder, er ist ein Mann, der die Gefahr, die ihm droht, genau kennen will. Nun, es kann nicht schaden, diesen obakuren Jüngling aussprechen zu lassen.

Herr Fish merkt, daß seine Drohungen einen gewissen Eindruck nicht verfehlt haben und spricht zufrieden weiter:

„Meine Frau ist durch die Aufregung schwer erkrankt, sie ist etwas konservativ in ihren Ansichten und paßt nicht ganz in die heutige Zeit. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß sie sicher Sympathien bei einem großen Teil des amerikanischen Publikums finden würde. Leider hat sich Fräulein Strong

in ihren Briefen keinen Zwang auferlegt und hat offen über ihr Familienleben, ja sogar über ihre Geschäftsangelegenheiten geschrieben.“

Herr Fish merkt mit aufrichtigem Vergnügen den aufflackernden Aerger in H. W. Strongs Augen.

„Ein unverzeihlicher Leichtsinns von Marjorie, — verzeihen Sie, ich meine: von Fräulein Strong! — aber sie war gewöhnt, mich als einen Bruder, für mehr als einen Bruder; als den vertrautesten Freund zu betrachten.“

Und jetzt nimmt Herr Fish ein beschriebenes Blatt Papier aus der Tasche und überreicht es Herrn Strong.

„Das wäre der Vertragsentwurf. Gegen den hier angeführten Betrag würde ich Ihnen sämtliche Briefe Marjories ausliefern, und meine Frau würde sich verpflichten, von allen weiteren Schritten abzusehen. Dieser Betrag könnte auch die Heilung meiner Frau ermöglichen, die jetzt in dürftigen Verhältnissen dahinvegetieren muß.“

Herr Strong wirft das Stück Papier, nachdem er einen Blick hineingeworfen hat, dem jungen Mann wieder zu.

„Ihre Frau mußte also dahinvegetieren, während Sie in der Lage waren, den Begleiter meiner Tochter zu spielen.“

Herr Fish streicht sorgenvoll seine Stirn. „Das ist es eben, deshalb will meine Frau Fräulein Strong, oder heute schon Frau Sedwick, verklagen.“

„Sie wollen also erpressen.“

„Erpressen? Man würde vielleicht in Europa davon sprechen, Herr Strong. Ich halte nicht sehr viel von unseren amerikanischen Einrichtungen, aber diese eine, die die finanzielle Wiedergutmachung seelischer Beleidigungen ermöglicht, scheint mir in sittlicher Hinsicht ein ungeheurer Fortschritt zu sein.“

„Es wäre mir angenehm, wenn ich das Wort „sittlich“ aus Ihrem Munde nicht hören müßte.“

„Ich hätte Sie gerade in dieser Hinsicht nicht für so empfindlich gehalten, Herr Strong, da Sie die „Sittlichkeit“ mit Hilfe von Drucker-schwärze immer gleich millionenfach mißbrauchen können, ohne daß jemand in der Lage wäre, sich dagegen zu verwahren.“

„Kommen wir endlich zur Sache.“

Doch Herr Fish scheint den Einwurf überhört zu haben.

„In Europa versucht man noch heute, Liebeschmerzen und Eifersucht mit Revolver und Vitriol abzureagieren. Wäre es nicht schrecklich, wenn meine Frau nach diesem Muster versuchen wollte, Marjories, — Verzeihung, ich meine Fräulein Strongs wunderschönes Gesicht zu zerstören?“

Er verbirgt wie in einer Aufwallung von Entsetzen sein Gesicht in den Händen.

Herr H. W. Strong mustert ihn mit Widerwillen, doch ohne etwas zu erwidern.

Herr Fish ist wieder zu sich gekommen.

„Wie beruhigend wirkt es dagegen, wenn man weiß, daß man sein Unglück in Zahlen umrechnen und dem Zerstörer seines Glücks die Rechnung präsentieren kann. Wenn es etwas gibt, worauf Amerika mit Recht stolz sein kann, so ist es sicher dieses. In Chicago, in allen großen Städten der Staaten ist die Zahl der Verbrechen ungleich höher, als in den Großstädten Europas...“

„Was fällt Ihnen ein, wollen Sie mir hier einen Vortrag über das Polizeiwesen halten?“ Aber Herr Fish läßt sich nicht ablenken.

„... Dagegen können wir mit Genugtuung feststellen, daß bei uns Verbrechen aus Lei-

denschaft, Eifersuchtstragödien und ähnliches überhaupt nicht vorkämen, wenn wir keine Fremden und Neger hätten.“

„Wenn Sie es weiter für nötig halten, sich in allgemeinen Redensarten zu ergen, bin ich nicht mehr in der Lage, mir meine Zeit von Ihnen stehlen zu lassen.“

„Verzeihen Sie, Herr Strong, aber es liegt mir viel an Ihrem Urteil. Ich möchte, daß gerade Sie, der Sie so gern auf die sittliche und moralische Ueberlegenheit Amerikas hinweisen, meinen Schritt richtig begreifen.“

Herr Strong schlägt sich auf die Knie und zeigt sein Gebiß.

„Ihre Unverschämtheit ist wirklich erheitend, junger Mann.“

„Nun, vielleicht könnten wir doch noch zu dem gewünschten Abschluß kommen“, antwortet Herr Fish, während seine Hand schützend auf der Brust liegt, als hielte er dort ein kostbares Amulett verborgen.

„Zur Sache!“ ruft wieder Herr Strong.

Herr Fish scheint es an der Zeit zu sein, mit dem größten Trumpf herauszurücken. Seine Hand verschwindet in der Brusttasche und bringt das bewußte Päckchen zum Vorschein, ein Bündel Briefe.

Jetzt ist er aufgestanden. Die Briefe fest in der Hand, läßt er auch die Tür nicht außer acht, denn er befürchtet, Herr Strong könnte auch vor Gewalttätigkeiten nicht zurückschrecken, um ihm die Briefe zu entreißen.

Er hält sie ihm also in vorsichtiger Entfernung vor die Augen, doch immerhin so nahe, um eine Prüfung zu ermöglichen.

Zweifellos: Herr Strong hat die wenig regelmäßigen, wild durcheinander tanzenden Schriftzüge seiner Tochter erkannt. Er setzt eine Brille auf, wodurch seine Ähnlichkeit mit einem Methodistenprediger noch unterstrichen wird.

Herr Fish kann nicht umhin die Situation komisch zu finden.

(Fortsetzung folgt.)



## Düsseldorf

**Einbrüche.** In letzter Zeit mehren sich täglich die Meldungen über größere Einbrüche. So wurden in der Nacht zum Dienstag bei der Firma Warnecke, Stadtbrückchen, beide Schaufenster eingeschlagen und neun Coupons Herrenanzug- und Paletotstoffe im Werte von ungefähr 700 RM. gestohlen. Zur Ausführung des Diebstahls wurde ein Personentraktoren verwendet, der auf der Königsallee gestohlen war. — In der gleichen Nacht wurde ein Schaufenstereinbruch in das Radiogeschäft Oststraße 114 ausgeführt. Hier wurden Radio-Apparate, Lautsprecher im Werte von 2000 RM entwendet. Auch bei diesem Einbruch wird angenommen, daß die Täter einen Kraftwagen verwendet haben.

## Dortmund

**Der Pleitegeier kreist.** Bürgermeister Hirsch, der Finanzdezernent Stadtrat Dr. Kaiser und Stadtverordnetenvorsteher Henßler haben nun den schon lange erwarteten Canossagang nach Berlin angetreten. Sie werden dort vor allem mit dem preußischen Innenminister Severing über Maßnahmen zur Behebung der Finanzschwierigkeiten Dortmunds beraten. Die Finanzlage der Stadt ist nämlich derart, daß Hilfe durch Reich und Staat zu einer Existenzfrage Dortmunds geworden ist. Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die die Dortmunder Finanzen zerrütten half, und die Behebung der daraus sich ergebenden Not und Finanzkalamität ist nach Ansicht maßgeblicher Kreise eine Angelegenheit, die Reich und Staat angehen und ihnen ein hilfreiches Eingreifen zur Pflicht machen. Es geht nicht nur um finanzielle Mittel, sondern auch um die Verhütung weiterer Zechenstilllegungen, durch die der Stadt weitere Lasten aufgebürdet würden. Wie dringend der Schritt nach Berlin war, beweist die Tatsache, daß den städtischen Beamten und Angestellten bisher nur ein Sechstel des Monatsgehältes ausgezahlt wurde und man bis zum Augenblick noch nicht weiß, woher die Mittel genommen werden sollen zur Auszahlung wenigstens des zweiten Sechstels.

## Duisburg-Hamborn

**SPD muß Farbe bekennen.** In einer Funktionärversammlung des Gesamtverbandes der Fachgruppe Staats- und Gemeindefacharbeiter, in der man zur wirtschaftlichen und politischen Lage Stellung nahm, wurde unter dem Punkt der Tagesordnung: „Was ist das Gebot der Stunde?“ über die gebildete „Eiserne Front“ diskutiert. Von allen Seiten wurde betont, endlich aktiv zu werden und alles zu tun, um die Einheit der Arbeiterschaft herzustellen und die Kampfkraft zu festigen. Das Ergebnis der Versammlung war die einstimmige Annahme eines von Genossen Graber (SAP) eingebrachten Antrages, von den Genossen Krüger (SAP), Niehüser (KPO) und R— (SPD) befürwortet: „Die am 5. Januar 1932 versammelten Funktionäre des Gesamtverbandes der Fachgruppe Staats- und Gemeindefacharbeiter erkennen die Notwendigkeit der Bildung der „Eisernen Front“ an. Da dieselbe sich aber nur aus den Freien Gewerkschaften, Reichsbanner und SPD zusammensetzt, alle übrigen Organisationen des Proletariats aber unberücksichtigt läßt, zeigt sich, daß die Basis der „Eisernen Front“ sehr schmal ist. Die versammelten Funktionäre fordern deshalb die Einbeziehung aller proletarischen Organisationen in die „Eiserne Front“. Der Antrag wird dem Gewerkschaftskartell zugeleitet. Einige Tage vorher hatte eine Funktionärversammlung des Gesamtverbandes Ortsgruppe Hamborn, die sich ebenfalls mit der „Eisernen Front“ beschäftigte, dasselbe Ergebnis. Hier hatte Genosse Sitte (SAP) eine ähnliche Entschließung eingebracht, die von den Genossen Krüger und Graber befürwortet wurde. Ein Nachsatz der Entschließung, der den „Offenen Brief“ der SAP begrüßt, wurde durch energisches Einspruch des Genossen D—: „Wir lassen uns nicht politisch einseitig festlegen“ — gegen 6 Stimmen abgelehnt.

## Ratingen

**Keiner will zuständig sein.** — Die Forderungen der Fürsorgearbeiter abgelehnt. Am 28. Dezember hatten die städtischen Fürsorgearbeiter in einer Belegschaftsversammlung zu ihrer traurigen Lage — in Anwesenheit von Vertretern der SAP- und KPD-Stadtratsfraktionen — Stellung genommen. Das Resultat der anregend verlaufenen Versammlung war die Aufstellung einer Reihe von Forderungen, die der Stadtverwaltung alsbald unterbreitet werden sollten. Die anwesenden Stadtverordneten der SAP und KPD — die bürgerlichen Fraktionen hatten trotz Einladung keinen Vertreter entsandt, die SPD ist im Stadtrat nicht vertreten — sagten den all zu berechtigten Forderungen volle Unterstützung zu. Verhandlungen zwischen Vertretern der Fürsorgearbeiter und dem Stadtbauamt führten zu keinem Ergebnis. Am 4. Januar erhielt nun der Obmann der Fürsorgearbeiter einen schriftlichen Bescheid, der auch den Fraktionen als Abschrift zugeht. In dieser Antwort wird seitens der Stadtverwaltung darauf hingewiesen, daß die meisten der aufgestellten Forderungen weder zur Zuständigkeit der Stadtverwaltung noch des Stadtrats gehörten. Sie seien deshalb zur zuständigen Stelle geleitet worden. So dreht sich zum Schaden der hungernden Proleten wegen der Zuständigkeitsfrage alles im Kreise herum. „Das Stadtbauamt wird darauf bedacht sein, daß die Baubuden den gesetzlichen Vorschriften genügen.“ So heißt es an einer Stelle der bürgermeisterlichen Antwort. Und das Stadtbauamt ist wirklich „bedacht“ gewesen. Es wurden ein paar alte Bretter in den „Baubuden“ als „Fußboden“ hingeworfen und damit waren nach Meinung des Baurats die gesetzlichen Vorschriften erfüllt. In einer am 4. Januar stattgefundenen überfüllten Versammlung nahmen die Fürsorgearbeiter und Wohlfahrtslosen abermals Stellung zu den Forderungen. Ueber den ab-

## Frontkämpfer Ernst Heilmann

Nach Ablauf des auch von der SPD tolerierten Weihnachtsfriedens hatten SPD, ADGB und Reichsbanner für Mittwochabend in der Tonhalle zu einer öffentlichen Kundgebung aufgerufen. In der Tonhalle am Abend war der Führer der SPD im preußischen Landtag, Ernst Heilmann. Er betonte, daß die Front war, um seine vaterländische Pflicht zu erfüllen. „Wir haben das Recht, uns Frontsoldaten zu nennen.“ Das Wort Vaterland scheint bei Heilmann einen ganz besonderen Platz einzunehmen. In jedem zweiten Satz war es bei ihm wieder das deutsche Vaterland, wofür wir zu kämpfen haben. Wörtlich sagte er: „Indem wir gegen die Nationalsozialisten kämpfen, kämpfen wir für das deutsche Reich und für den deutschen Rhein.“ Ueber die Wirtschaftskrise, über die brutalen Abbaumethoden der deutschen Bourgeoisie hatte der Führer der SPD in Preußen kaum etwas, über die ungeheure Not der Erwerbslosen überhaupt nichts zu sagen. Mit einigen Bemerkungen über die Weltwirtschaftskrise und NotverordnungsPolitik. Interessant ist noch seine Feststellung, daß geistig der Sozialismus den Kapitalismus bereits auf der ganzen Linie geschlagen habe. Ueber solche Heilmannsche Scharfsinnigkeiten können sich dann die sozialdemokratischen Arbeiter beruhigen, bis zur nächsten Notverordnung der Sieg über die Kapitalisten noch deutlicher wird. Nach Heilmann sprach vom Reichsbanner Gauleiter

Petersdorf für den verhinderten Höllermann, der als Redner vorgesehen war. Petersdorf versuchte sich in Liebeswerbungen um das Zentrum, das bisher noch wenig Neigung zeige, in der „Eisernen Front“ zu marschieren. Für die Freien Gewerkschaften sprach Reichstagsabgeordneter Böckler, der besonders den Schutz der gewerkschaftlichen Einrichtungen forderte. Auf einen Zwischenruf, daß auch dem Sozialabbau Einhalt geboten werden müsse, bemerkte Böckler, daß auch dies ganz wichtig sei, aber er müsse auch feststellen, daß trotz der vierten Notverordnung die deutschen Arbeiter an Sozialleistungen allen anderen Ländern voraus seien. Es war also beschämend wenig, was die „Eiserne Front“ den Arbeitern als Kampfforderungen zu geben hat. Verständlich ist, daß bei einem so schwächlichen Programm es nur zu einer Kundgebung langte, denn man hat ja ein Interesse daran, jede andere Meinung von den SPD-Arbeitern fernzuhalten. Die Kundgebung war eine großtönende Phrase. Kein Wort über Maßnahmen bei weiterem Lohn- oder Sozialabbau, kein Wort darüber, wie die „Eiserne Front“ eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der deutschen Arbeiterschaft abwehren will. Mit Heilmannschen Phrasen: „Wir sind die besten Deutschen“ wird kein Arbeiter seine Not überwinden. Nicht die Front mit dem Bürgertum, nur die Klassenfront des Proletariats wird Kapitalismus und Faschismus überwinden.

lehrenden Bescheid der Stadtverwaltung herrschte allgemeine Empörung, die darin zum Ausdruck kam, daß die Fürsorgearbeiter, um ihren gerechten Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, auch vor dem letzten Mittel nicht zurückschrecken werden. Namens der SAP-Fraktion des Stadtrats erklärte Stadtverordneter Genosse Issel, daß seine Fraktion sich voll und ganz hinter die Forderungen der Fürsorgearbeiter stellen würde. Dem Wunsche der Versammlung entsprechend werden nunmehr die Fraktionen der SAP und KPD eine dringende Stadtratsitzung beantragen. Dann wird sich zeigen, inwieweit Stadtverwaltung und bürgerliche Fraktionen gewillt sind, den gerechten Forderungen der Fürsorgearbeiter entgegenzukommen.

**Im Zeichen des Lohnabbaus.** Für die Arbeiter der Rheinischen Spiegelglasfabrik Ratingen-Eckamp wurden die Lohnsätze ab 1. 1. 1932 in allen Stufen um 9 Prozent ermäßigt. Gültigkeitsdauer mit einmonatiger Kündigungsfrist bis 30. 4. 1932. — Die Belegschaft der Ruwa-Fleischwarenfabrik Ratingen gelten ab 1. 1. 1932 folgende Lohnsätze: Metzgergesellen über 23 Jahre: 92 Pfg., von 20 bis 23 Jahren: 84 Pfg., bis zu 20 Jahren: 76 Pfg. Stundenlohn. Gesellen im ersten Jahre erhalten 73 Pfg. Für die Chauffeure über 23 Jahre wurde der Stundenlohn auf 84 Pfg. und für solche unter 23 Jahren auf 76 Pfg. festgesetzt. Heizer erhalten 70 Pfg. und Arbeiter 65 Pfg. Gültigkeitsdauer bis 31. 7. 1932. Kündigungsfrist 1 Monat.

Die Hungerigen und die Satten. Auf Veranlassung der Stadt mit städtischer und privater Unterstützung wird im hiesigen katholischen Krankenhaus eine Volksküche unterhalten. Der Preis des Essens beträgt 20 bzw. 25 Pfg. An Sonntagen gibt es jedoch kein Essen. Aber nicht nur an Sonntagen, auch an den katholischen, dabei nicht mal gesetzlichen Feiertagen halten es die katholischen Schwestern des Krankenhauses als durchaus mit ihren Grundsätzen von der christlichen Nächstenliebe vereinbar, daß die Opfer der göttlichen Weltordnung hungern können.

Es wird geprüft. Wie die Stadtverwaltung der Presse mitteilt, ist sie augenblicklich mit der Feststellung beschäftigt, wie sich die Notverordnung vom 6. 12. 31 auf die städtischen Finanzen auswirkt. Dem Finanz- und Verwaltungsausschuß soll alsbald Aufklärung gegeben werden. Zur Erörterung der Gesamtlage sollen die Stadtverordneten noch in diesem Monat Stellung nehmen. Notverordnung, Senkung der Löhne und Gehälter und noch mehr gesteigerte Sparamkeit würden, dies ist der Standpunkt der Verwaltung, den Fehlbetrag um ein Erkleckliches herunterschieben, wenn durch die stetig steigende Zahl der Erwerbslosen nicht alle Hoffnungen über den Haufen geworfen würden.

## Köln

**Vormarsch der Opposition im Gesamtverband — Wachsender Einfluß der SAP.** Am Montagabend fand im großen Saale des Volkshauses eine Versammlung des Gesamtverbandes statt. In den letzten Versammlungen hatte es sich immer deutlicher gezeigt, daß die Mehrheit der Genossen unbedingt für eine Lösung von der SPD-Politik ist. Die Bürokratie macht natürlich verzweifelte Anstrengungen und versucht mit allen Mitteln, den Einfluß der SAP zu brechen. Als z. B. unsere Genossen vor dem Volkshaus Flugblätter verteilten, erschien der Bevollmächtigte des DMV, Lüdemann, um mit einer Schimpfkanonade unsere Genossen zu vertreiben. Als das ohne Erfolg blieb, kam bald darauf „zufällig“ eine Abteilung Schupo. Wie solche Mittel doch die Einheit der Gewerkschaften festigen, Genosse Lüdemann! In der Versammlung bemühte sich Genosse Längersdorf (Berlin), den Verbandmitgliedern das bisherige Versagen der Gewerkschaften verständlich zu machen. Daß Längersdorf keinen großen Erfolg hatte, zeigte der starke Beifall nach den oppositionellen Diskussionsreden. Die Mehrzahl der Vertreter der Opposition waren SAP-Mitglieder. Trotz aller Anstrengungen im Schlußwort, trotz aller „Technik“ der Versammlungsleitung bei der Stimmzählung blieb die Resolution, die eine Trennung von der SPD verlangte, nur mit 10 Stimmen in

der Minderheit. Aber auch so bedeutet das Ergebnis der Versammlung einen großen Erfolg für die Opposition, die ständig an Einfluß gewinnt, seitdem die SAP die Führung übernommen hat.

## Knapsack

**Neues von der eisernen Front!** Wie wir der „Soz. Republik“ entnehmen, hat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Knapsack sich neue Lorbeeren erobert. Der Schupoführer hat es nicht gelitten, daß die KPD während des Weihnachtsfriedens Flugblätter verteilte. Er konnte es nicht dulden, daß die von Hindenburg—Brüning herausgegebene Notverordnung nicht eingehalten wurde. Er meldete einen Funktionär der KPD der Polizei, um auf diese Weise den Proleten Achtung vor der Republik beizubringen. Der Denunziant ist ein Musterbeispiel dafür, welche Gedankengänge den Mitgliedern des Reichsbanners beigebracht werden. Dieser Vorfall beweist wieder einmal, auf welcher Seite der Klassenfront das Reichsbanner im gegebenen Moment steht. Gefreut h. uns nur das eine, daß über diese Heldentat der Arbeiterschaft aller Richtungen entrüsted ist. Viele Reichsbannermitglieder haben die beste Antwort erteilt und sind aus der „eisernen Front“ ausgetreten. Wir erteilten der SPD noch vor kurzem den Rat, ihr politisches Porzellan zu hüten. Und schon ein Tag darauf schlägt wieder so ein „Klassenkämpfer“ neues Porzellan entzwei. Nur weiter so, um so schneller gehen den heute noch nicht klar sehenden Genossen von der SPD die Augen auf.

**Der Kampf für den Sozialismus in der „Rheinischen Zeitung“.** Wir haben eine Ortsgruppe der SAP gegründet und sogleich treten SPD-Männer in der „Rheinischen Zeitung“ in Aktion, um diejenigen zu begreifen, die sich von Trug und Trägheit der SPD-Politik angewidert, in die Front aktiver Arbeit für Einheit und Interesse des gesamten Proletariats einreihen. Leser der „Rheinischen Zeitung“, kämpft mit uns für unser Ziel, für den Sozialismus.

## Kassel

Eine Ortsgruppe der SAP wird hier gegründet. Wer uns helfen will, wer in Kassel oder der näheren und weiteren Umgebung gleichgesinnte Genossen weiß, melde sich schriftlich oder persönlich bei: Kurt Adlung, Kassel, Schloßplatz 2; Hein Herbers, Kassel, Kronprinzenstraße 2; Georg Sternberg, Kassel, Ob. Gasse 56.

## Frankfurt a. Main

Die Merzwerke in Rödelheim zahlen keine Löhne mehr. Seit der zweiten Dezemberwoche erhält die Belegschaft der Merzwerke nicht mehr vollständig ihre Löhne. 3 Wochenlöhne werden nur teilweise ausgezahlt. Zu Silvester konnte überhaupt nichts ausgezahlt werden. Für den Fall, daß diesen Freitag nicht der volle Wochenlohn und ein Teil der rückständigen Lohngehälter gezahlt werden, ist die Belegschaft fest entschlossen, mit Klage vorzugehen, was die Schließung des Betriebes zur Folge hätte. Die Beamten und Angestellten erhalten schon seit Juni 1931 nicht mehr regelmäßig ihre Gehälter. Wie uns weiter mitgeteilt wird, soll die Firma über eine halbe Million Außenstände haben.

## Mainz

**Arbeitgeber Reichsbahn.** Wo überall der Kapitalismus in seiner Desorganisation zu den widersinnigsten Methoden greift, darf als eines seiner ersten und bürokratischsten Glieder die Deutsche Reichsbahngesellschaft nicht fehlen. Wie anders kann man es bezeichnen, wenn dort bei dem Abbau des Fahrpersonals Schaffner ohne weiteres den sogenannten „Eisenbahnfahndungsdiener“ einreihiert werden. Anstatt, daß man diese Leute ihrem verwandten Betriebsdienst und der Bahnbewachung zuteilt, glaubt man mit Verneinerung der „Eisenbahnpolizei“ der Sicherheit der Reichsbahn mehr zu dienen.

## Offenbach a. M.

**SAP-Versammlung.** Am Dienstag, den 5. Januar fand im Saale des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Protestversammlung der SAP statt, in der gegen die Verschärfung der Wirtschaftskrise durch die Notverordnun-

gen und zur Frage: „Wie schaffen wir die Einheitsfront gegen Faschismus und Ausbeutung!“ Stellung genommen wurde. Vor Beginn der Versammlung stellte Genosse Heibach die falsche Schreibweise des „Offenbacher Abendblattes“ (Organ der SPD) fest, welches auch die Falschmeldung brachte, Genosse Ströbel sei aus der SAP ausgeschlossen worden. Genosse Ströbel ist freiwillig und ohne Zwang aus der SAP ausgetreten. Nach dieser Richtigstellung nahm der Referent Genosse Portune, Frankfurt, das Wort zu seinen Ausführungen. Die Aufgabe der Arbeiterschaft im Jahre 1932 sei es, sich zur Einheitsfront, selbst über die Führer und Parteien hinweg, zusammenzuschließen, um der drohenden faschistischen Gefahr entschlossen entgegenzutreten zu können. Die Auseinandersetzungen zwischen den proletarischen Parteien müßten sachlich ausgetragen werden. In der Diskussion sprach als erster Genosse Keil (KPD), der aber nichts Neues gegen die SAP vorbrachte. Genosse Heucke (KPO), stellte die Schiefheit des Genossen Keil richtig, der sich manche bittere Wahrheiten von Heucke sagen lassen mußte. Genosse Heucke versicherte, daß trotz politischer Meinungsverschiedenheiten mit der SAP die KPO mit der SAP in Frage der Einheitsfront zusammenarbeiten wolle. Genosse Gültig (Anarcho-Syndikalist) bezeichnete die Frage der Einheitsfront als eine Lebensfrage der Arbeiterschaft; auch er sprach sich im Sinne der Zusammenarbeit aus. Als letzter Redner sprach Genosse Pies (SPD) über die Auswirkung der Notverordnungen auf die Renten der Kriegbeschädigten und Hinterbliebenen, er wandte sich scharf gegen die Tolerierungspolitik der SPD und brachte eine Resolution in diesem Sinne ein, die einstimmig angenommen wurde. Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Portune, der die Ausführungen der einzelnen Redner streifte und zur Bildung der Einheitsfront aufrief, wurde die gut besuchte und gutverlaufene Versammlung mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“ geschlossen.

**KPD-Versammlung.** Im Saale des Stadtparkes zu Offenbach fand am 4. Januar eine stark besuchte Versammlung der KPD statt mit dem Ziel, die „Rote Einheitsfront“ zu formieren. Das Referat der erst aus der SPD übergetretenen Genossen Jakobshagen verriet noch sehr viel SPD-Auffassung und konnte in der Diskussion von dem KPD-Redner Galza einer gründlichen Kritik unterzogen werden. Es geht nicht an, zur Einheitsfront aufzurufen mit ausdrücklicher Betonung: „ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit“, um im gleichen Augenblick den Genossen anderer proletarischer Parteien das Recht abzusprechen, von ihrem Standpunkt aus der Einheitsfront zu dienen. So ließ die Versammlungsleitung den Vertreter des „Antifaschistischen Kartells“ von Offenbach deshalb nicht sprechen, weil er zur Anarcho-Syndikalistischen Bewegung gehört. Genossin Rudolph von der SAP wies auf die nutzlose Auseinandersetzung über Fehler, die zurückliegen, hin. Wir müssen vorwärts schauen, uns verstehen und auf der Basis gegenseitiger Achtung zur „Roten Einheitsfront“ kommen. Das Resultat dieser Versammlung war ein aus den Besuchern ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit gewähltes Komitee, welches die Vorbereitung der kommenden revolutionären Aufgaben übernimmt. Die KPD-Offenbach wird nun beweisen müssen, ob es ihr mit der überparteilichen Einheitsfront ernst ist.

**Verhöhnung der Erwerbslosen.** Die Stadt gibt jedem erwerbslosen Haushaltungsvorstand einen Kartoffelbezugschein, wonach er 10 Pfund Kartoffel zu verbilligtem Preis erhält. Wie billig? Das Pfund  $\frac{1}{10}$  Pfennige billiger als der Tagespreis, also statt für 5 Pfg. nur für 4 und  $\frac{7}{10}$  Pfg. Der Kartoffelbezugschein beiderseitig bedruckt, insgesamt 12 Pfg. Verbilligung darstellend, dürfte bei seiner 16—17000fachen Ausgabe mehr kosten, als er den Erwerbslosen gewährt. Aber wir haben doch wenigstens einen Kartoffelbezugschein! Wenn jetzt noch Brüning dazu übergeht,  $\frac{1}{10}$  Pfg.-Stücke zu prägen, dürfte die soziale Frage gelöst sein. Daß es auch Erwerbslose gab, die diesen Schein beim Empfang in Atonie zerrissen, bleibt uns unverständlich, die Wohltaten einer weisen Stadtverwaltung werden nicht gewürdigt!?

## Nieder-Ingelheim

In einer Gemeinderatssitzung stand der Dringlichkeitsantrag des Erwerbslosen Ausschusses betr. Winterbeihilfe zur Debatte. Es wurde eine Teilzahlung, für Verheiratete 10 Mark, Ledige 5 Mark, zahlbar noch vor Weihnachten, verlangt. Unser Genosse Haasemer begründete überzeugend den Antrag und wies den Gegenantrag des Bürgermeisters von 6 und 3 Mark als ungenügend zurück. Es sei ja auch Geld für die höheren Gemeindebeamtengehälter auszusuchen, als von Rat beschlossen, dagewesen. Schließlich ging der Antrag, nachdem sich auch mehrere bürgerliche Vertreter dafür ausgesprochen, durch, so daß über 200 Erwerbslose wenigstens etwas Bargeld am Weihnachtsabend erhielten.

## Organisationsnachrichten

**SAP Ratingen.** Donnerstag, 14. Jan. 20 Uhr, allgemeine Funktionärstzung im Volkshaus. — Samstag, 16. Jan., 20 Uhr, Generalversammlung im Volkshaus; Tagesordnung: Vortrag des Genossen Stedeli, Chemnitz: „Die faschistische Gefahr und die Arbeiterklasse“; Neuwahl des Vorstandes. — Dienstag, 12. Jan., 20 Uhr, im Volkshaus wichtige Besprechung aller SAP-Gewerkschaftler. Tagesordnung: Die Aufgaben der SAP in den Gewerkschaften. **SJV Bezirk Westfalen.** Sonntag, 10. Jan., 9.30 Uhr, in Bochum wichtige Gruppenleiterausprache. Jede Gruppe des Bezirks muß vertreten sein. Die noch rückständigen Fragebogen mitbringen. — Samstag, 9. Jan., in Bochum, erweiterte Bezirksvorstandssitzung. Die Unterbezirksleiter nehmen an der Sitzung teil. Alles Nähere über beide Veranstaltungen durch Rundschreiben. **SJV Düsseldorf, Kindergruppe Bilk.** Jeden Montag, 17 bis 19 Uhr, in der Friedensschule. **Volkshaus Ratingen.** Sonntag, 10. Jan., 17 Uhr, im Volkshaus Probe. Anschließend Generalversammlung. Versäbliches Erscheinen, auch der passiven Mitglieder, wird erwartet.



# Sportschau der SAZ

## Ein Sonntag der Entscheidungen!

Fußball in der Reichshauptstadt

In der Kreisklasse hat die Abteilung B ihren großen Tag. Adler 08 empfängt in der Kissingenstraße die Luckenwalder Hertha. Der Sieger des Spieles ist als Abteilungsmeister anzusprechen. Adler hat in dieser Serie eine sehr wechselnde Form gezeigt, scheint aber jetzt gerade zum Entscheidungsspiel gut in Fahrt zu sein. Dazu kommt der Vorteil des eigenen Platzes. Aber — die Herthalente haben sich in gleichmäßigem Ringen mit an die Tabellenpitze geschoben und dürften trotz der Reise sehr zäh um die Punkte kämpfen. — Die beiden anderen Spiele — Minerva 28 — Eiche-Köpenick und Toltow — Luckenwalde II — haben mehr statistischen Wert. Aber gerade bei Spielen, die nicht um Meisterschaften gehen, soll ja die Spielkultur oft höher stehen.

Der 1. Bezirk hofft endlich seinen Meister ermitteln zu können. Oberspreewald empfängt Britz 88 und leitet den Hauptkampf mit den 2. Mannschaften ein.

Im 2. Bezirk muß Hansa 31 zu FT-Britz (b. Eberswalde) fahren. Die Britzer sind neu im Bunde, haben aber — ebenso wie Hansa 31 — gleich im ersten Anlauf die Meisterschaft ihrer Gruppe errungen. Die Provinzleute haben den Vorteil, den Oderberger Platz, der seine Tücken hat, zu kennen. Wir entscheiden uns dennoch für die erfahrungsreichere Elf der Hanseaten.

In der nun an Serienspielen armen Zeit setzen Börsen- und Pflichtspiele ein. Auf diese Weise kommen die Vereine aller Bezirke einmal zusammen, die Spielstärke bekommt einen anderen Maßstab.

Wir geben dazu folgende Uebersicht:

**Börsenspiele.** (10.30 Uhr.) BSV 31 — Frohe Stunde (Mayn); Wacker 30 — Nowawes (Liegner); ASV Neukölln — Pankow (Risse) (alle 3 Spiele Oberspreewald-Platz); Normania — Südost (Mertin); Wilmersdorf — Saxonia (Ponplon).  
**2. Mannschaften.** (9.00 Uhr.) BSV 31 — Frohe Stunde (Bengsch); Wacker 30 — Nowawes (Unholtz); ASV Neukölln — Pankow (Britz 88); Normania — Südost (Hanelt); Wilmersdorf — Saxonia (Minerva); Wilmersdorf 3 — Hansa 3 (ASV Neukölln); Oderberg 1 — Hansa 2 (auslosen); Lichtenberg II — Kegel (Normania); „Eiche“ — Bohnsd. — Osten (Wildau) (11.00 Uhr).

### 4. Bezirk.

**Pflichtspiele.** — 1. Mannschaften. (14.00 Uhr.) Niemegek — Belzig; Treuenbrietzen — Brück; Woltersdorf — Friedenau; Trebbin — Jüterbog; Schöneberg — Luckenwalde 1. Bez.; Tempelhof — Ruhlsdorf; Wilmersdorf — Luckenwalde V. — 2. Mannschaften. (12.20 Uhr.) Schöneberg — Luckenwalde I 3; Wilmersdorf — Luckenwalde V; Teltow — Luckenwalde II; Kl. Zinna 1 — Hertha (14.00); Luckenwalde III — Jänickendorf 1 (14.00). — Jugend. Treuenbrietzen — Brück (12.50); Teltow — Luckenwalde II (11.15). — Serienspiele. Lichtenberg I — Eintr. I (10.00); Vorw.-W. — Brandenburg (11.00). — Pflichtspiele. ASV Neukölln — Wilmersdorf (10.00). Schüler. Zossen — Hansa 31 (11.00); Elstal — Freie Scholle (11.00); Spandau — Minerva (11.00); Drewitz — Pankow (11.00). Ma.

### Hockeyspiele am Sonntag

Das wichtigste Spiel des Tages zwischen dem SV. Moabit 1 und Tennisrot 1 dürfte Klärung darüber bringen, wer in der Gruppe A mit an der Spitze verbleiben wird. Beide Vereine sind ungefähr gleich stark. Spielbeginn um 10 Uhr auf dem Tiergartensportplatz. — Der FHC. Spandau empfängt in Spandau den VfL Ostring 2. Im Herbstspiel konnten die Ostringer einen knappen Sieg erringen. Spielbeginn um 10 Uhr

in Spandau, Exer. — Die stark geschwächte FTGB-Tempelhof 1 müssen gegen den VfL Ostring 1 im Mariendorfer Volkspark spielen. Sie werden tüchtig kämpfen müssen, um ehrenvoll abzuschneiden zu können. Beginn 14.30 Uhr. — ASV. Rotweiß 2 spielt gegen den Gruppenersten Volkssport Neukölln-Britz 1. — Der ASV. Schöneberg 07 wird in einem Pflichtspiel gegen die FSV. Pankow seine Spielstärke unter Beweis stellen. Beginn um 14.30 Uhr in Schöneberg, Rubensstraße. — In der Frauengruppe werden Tennisrot 2 gegen

ASV. Rotweiß um 12.30 Uhr auf Platz Ost, Laskerstraße, spielen. — Um 13.30 Uhr spielt Tennisrot 1 gegen FSV. Pankow 1 auf dem gleichen Platz.

**Weitere Spiele:** Gruppe C: FTGB-Tempelhof 2 gegen FHC. Spandau 2 um 13 Uhr, Tennisrot 2 gegen FTGB-Osten 1 um 14.30 Uhr auf Platz Ost. Turnverein Bernau gegen VfL Ostring 3 um 12.30 Uhr und Bernau 2 gegen Volkssport Neukölln um 11 Uhr, beide Spiele finden in Bernau statt.

### Kleine Sportnachrichten

Freie Schwimmer Groß-Berlin, Ortsgruppe Siemensstadt. Am Sonntag, dem 9. Jan., findet im Vereinslokal von Sommer unsere Jahres-Mitglieder-Versammlung statt. Vorstandssitzung 1 Stunde früher. — Genossen, erscheint alle!

## Bezirkstag der Leipziger Arbeiter-Fußballspieler

Weit über das Arbeitsgebiet der Sächsischen Spielvereinigung hinaus beansprucht die Tagung des Leipziger Fußballbezirkes größte Beachtung. Ist doch der Leipziger Bezirk wohl im ganzen Bundesgebiet der bestorganisierte. Die führenden Funktionäre Meißner und Ott haben ihn in langjähriger Arbeit so auf- und ausgebaut, wie es die Interessen der Bewegung verlangten. 113 Vereine mit 7132 Mitgliedern werden organisatorisch erfaßt. Rund 500 Spielmannschaften sind Sonntag für Sonntag zu betreuen. Vom abgeschlossenen Börsen- bzw. Serienspiel bis zur Erfassung des Spielergebnisses durch die Pressestelle ist ein ungeheures Stück Arbeit zu bewältigen, die nur derjenige richtig einschätzen kann, der mitten im Organisationsleben steht.

Auch in diesem Jahre hat der Bezirksvorstand einen gedruckten Jahresbericht herausgegeben, der wohl in jeder Hinsicht vorbildlich zu nennen ist. Auf 12 Seiten wird noch einmal das Organisationsgeschehen des vergangenen Jahres aufgerollt. Hier interessieren vor allen Dingen die Ausführungen des bisherigen Bezirksvorsitzenden, des Gen. Karl Ott, wohl vielen bekannt vom Bundestag 1928, wo er die Fußballspieler des Arbeiter-Turn- und Sportbundes vertrat und ihre Spartenforderungen darlegte, und wo versucht wurde, ihm von seiten des Bundesvor-

standes kommunistische Spaltungsabsichten zu unterziehen. — Charakteristisch ist allerdings nur für ihn, was er unter dem Stichwort „Der Hemmschuh zu noch größerem Fortschritt“ schreibt. Doch lassen wir ihn selbst sprechen:

„Während die Reaktion, und als deren Beauftragter der Faschismus, zum Generalangriff gegen die Arbeiterklasse übergeht, ihr zum Teil schon in den Vorkämpfen empfindliche Wunden geschlagen hat, streitet sich die Arbeiterschaft um den einzuschlagenden Weg zur Bekämpfung des Gegners. Nicht genug damit. Sie leistet sich das Vergnügen einer erneuten Spaltung. Sie hat nichts gelernt — und wie es scheint — alles vergessen. Wir haben ja bei unserem Spartenstreit gefühlt, daß es kein Kunststück ist, zu spalten. Leicht ist es, den Mehrheitsbeschlüssen einer Organisation ein „Nein“ entgegenzusetzen. Schwerer ist es schon, für das dann Nachfolgende die Verantwortung zu übernehmen. Die Anerkennung von Mehrheitsbeschlüssen ist keine Feinheit, nein, es ist Liebe zur Sache, ist Einfügen in das Selbstbestimmungsrecht der betreffenden Körperschaft. Das Verantwortungsgefühl eines Funktionärs und auch Mitglied seiner Organisation gegenüber muß stärker sein, als alle persönlichen Wünsche und Gefühle. Aus diesem Grunde bekräftigen wir (ich? D. V.) den Beschluß des Bundesvorstandes, daß in unseren Reihen eine Verbetätigung für die neue politische Spitzengruppe nicht erlaubt ist.“

Wir glauben nicht, daß es „persönliche Wünsche und Gefühle“ gewesen sind, die den Genossen Ott bestimmten, so stark und aufrecht für die Spartenforderungen der Fußballspieler bis zum Jahre 1928 einzutreten, aber wir wissen, daß der Gen. Ott bestimmt nicht den Beschluß, ihn auf ein Jahr in die

## SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis monatlich 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr  
wöchentlich 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr  
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

### BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch  Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name:

Wohnort:

Straße:

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungsverlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Wüste zu schicken. „freudigst begrüßt hat“, um dann nach wie vor für seine Organisation zu arbeiten. Man glaubt gar nicht, wie sich manchmal die Menschen ändern können und wie unheilvoll sich derartige Beschlüsse einer Organisation auf den einzelnen auswirken können.

Doch, um zur Sache zu kommen, möchten wir dem Gen. Ott nur eins sagen: Die Arbeiterpartei, die in der Sozialistischen Arbeiter-Partei organisiert sind, werden bestimmt seinem Vorbild folgen, um die unserer Ansicht nach falsche Politik des Bundesvorstandes zu ändern. Nicht wie die Kommunisten durch den Wahnsinn der Schaffung eigener Kultur- und Sportorganisationen, sondern durch gesunde sachliche Kritik und Mitarbeit in den Organisationen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, im Interesse einer Politik, die marxistische Ziele verfolgt und nicht mit dem Gegner partiiert lassen, um angeblich den Faschismus nicht zur Macht kommen zu lassen. Doch das ist an dieser Stelle oft behandelt worden. „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“, sagte Karl Marx, und dieser Satz hat für uns Gültigkeit, nach wie vor.

## Organisationsnachrichten

### SAP

Ortsgruppe Schöneberg. Sonntag, 10. Jan. vorm. 9 Uhr. bei Frau. Merseburger Str. 7. Zeitungspropaganda. (Zusammen mit Genossen ist Pflicht.)  
Ortsgruppe Teltow. Montag, 11. Jan. 20 Uhr. öffentliche Versammlung im „Weißen Schwan“, Ruhlsdorfer Platz. Referent Gen. Jacobsen.  
Ortsgruppe Teltow. Alle Genossen treffen sich Sonntag, 10. Jan. 8.30 Uhr. beim Gen. Dehl, Sandstr. 2.  
Ortsgruppe Spandau. Mittwoch, 13. Jan. 20 Uhr. bei Brendemühl, Augusta-Ufer, Ecke Moritzstraße. Mitglieder-Versammlung: Tagesordnung: Bericht und Wahlen.  
Ortsgruppe Charlottenburg. Aktion für die Wochenschrift „Kampfschau“. Sonntag, 10. Jan. früh 10 Uhr. vom Lokal Gruppe, Pestalozzi-, Ecke Fritschstraße, aus. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.  
Ortsgruppe Prenzlauer Berg und Pankow. Alle SAP- und SJV-Genossen treffen sich Sonnabend, 16. Jan. und Sonntag, 10. Jan., 10-12 Uhr, zur Flugblattverteilung bei Frau Beck, Meierheustraße 9. Die Genossen Buchwald übernimmt dort die Verteilung für die SAP.  
SAP-Genossen der städtischen Gaswerke. Montag, 11. Jan. im Lokal „Zur Spreewald“, Rolandufer 8 (alte Direktionsgebäude), 19 Uhr. Praktikumsitzung. Mitgliederbuch mitbringen.  
Ortsgruppe Prenzlauer Berg. Montag, 11. Jan., 20 Uhr. Mitglieder-Versammlung bei Breitlag. Referat Meschkat über die politische Lage; Wahlen; Unterbezirkstag. — Vorher, 19 Uhr, alle Mitglieder der Wohlfahrtskommission bei Breitlag.

### SJV

Heute, Sonnabend, den 9. Januar:

Spieltrupp „Rote Platte“ und „Roter Sturm“: 18 Uhr pünktlich, Ueben im Heim, Prenzlauer Allee 34. Unbedingtes Erscheinen erforderlich.  
Spieltrupp „Rote Signale“: 19 Uhr. Heim, Prenzlauer Allee 34.  
Falkenberg. Heim, Gemeinschaftshaus, Tagespolitik.  
Mariendorf. „Rote Pioniere“, Heim, Marienfelde, a. Bf., Tagespolitik.  
Unterbezirk Neukölln. Morgen, 19.30 Uhr, Steinmetzstraße, Heimabend. „Politisches Kabarett“.  
Pankow. Heim, Lokal Lehmann, Mühlent. Ecke Maximilianstraße, Mitglieder-Generalsversammlung.  
Schönhauser Viertel „Paul Levi“. Morgen, Fahrt nach Strausberg.  
Spandau. Heim, Lindenauer 2, Arbeitsgemeinschaft. Mitteilung der BL.  
Morgen Bezirkskollektive. Zutritt nur gegen Ausweis und Mitgliederbuch. Beginn pünktlich 9 Uhr.  
17. Januar. Es sind alle Karten für unsere LL-Gedenkstunde verteilt. Sofort die übrigen abrechnen.

Deutsche Friedensgesellschaft, Bezirk Ost. Dienstag, 12. Jan., 20 Uhr. im Lokal H. Zühlke, Gr. Frankfurter Straße 6. Versammlung mit Diskussion. Es spricht Hubert Frank über „Äußerer Konferenz, Ab- oder Austritt“. Gäste willkommen.  
Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 11. Jan., Pappelallee 15. Vortrag des Herrn Dr. F. Schill: „Götter und Menschen im alten Orient“. — Gäste willkommen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann Verlag, Sichel Zeitungsverlagsges., m. b. H., Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15/16

„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags  
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2104  
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2105.  
Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,20 Porto.  
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.  
Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungsverlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 133 928.

### Volkstheater

Die Großherzogin von Gersfeld

Rose-Theater

Die Frau von Format

Werbt für die „SAZ“

### Kritik an den Programmen

der deutschen Sozialdemokratie

Es ist ein Buch das jeden angeht!

Bestellt sofort das

Anna Siemsen

„Auf dem Wege zum Sozialismus“

„Der Klassenkampf“

Bestellt sofort

beim Briefträger, bei der örtlichen Literaturvertriebsstelle oder bei der Freien Verlags-Gesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkors 67.

### Hamburg

Volkstheater E. V., Hamburg

Volkstheater Lichtspiele

„Der schwarze Sonntag“

„Tagebuch einer Verlorenen“

„Meine Frau — die Hochstaplerin“

„Pat und Patachon als Kunstschützer“

Werbt Abonnenten

### Breslau

Central THEATER-BRESLAU

Der Kongreß tanzt

„Meine Frau — die Hochstaplerin“

„Pat und Patachon als Kunstschützer“

Werbt Abonnenten

### Monistische-Gemeinde

Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit

Vortrag: Emil Machek

„Lest und verbreitet“

„Lest den Klassenkampf“

„Lest und verbreitet“

„Lest den Klassenkampf“

„Lest und verbreitet“

„Lest den Klassenkampf“

### Lest den Klassenkampf

„Lest und verbreitet“

„Lest den Klassenkampf“

„Lest und verbreitet“

„Lest den Klassenkampf“

„Lest und verbreitet“

„Lest den Klassenkampf“

„Lest und verbreitet“

„Lest den Klassenkampf“



# Krach bei Goebbels

## Enttäuschte SA-Leute plaudern aus — Vorbereitung zum Bürgerkrieg

### Riesenversammlung in Waldenburg

In einer überfüllten Versammlung in Waldenburg, in der Genosse Seydewitz sprach, sammelten sich die Proletarier aller Richtungen. Die Versammlung mußte wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden. Ein voller Erfolg für die SAP.

### SPD wird dezimiert

In Rottmannsdorf bei Planitz sind 85 Prozent der SPD-Mitglieder zu der neugegründeten SAP-Ortsgruppe übergetreten.

In Kassel sind die Vorbereitungen zur Gründung einer Ortsgruppe getroffen.

## „Der Angriff“ verboten

TU. Berlin, 8. Januar.

Der Berliner Polizeivizepräsident Dr. Weiß hat den „Angriff“ auf Grund der Verordnungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen bis einschließlich 14 Januar verboten.

Wie das Polizeipräsidium mitteilt, ist das Verbot der Zeitung erfolgt, „weil sie einmal in einer Notiz über Streikvorgänge die jüdische Religionsgemeinschaft beschimpft und böswillig lächerlich gemacht hat. Zum anderen war für das Verbot maßgebend, daß in der gleichen Nummer des „Angriff“ die Vierte Strafkammer des Landgerichts III beschimpft und böswillig verächtlich gemacht wird. Der in Frage stehende Artikel behandelt den gegenwärtig laufenden Landfriedensbruch-Prozeß Helldorf und Genossen und enthält weiterhin eine Billigung der bekannten Kurfürstendamm-Krawalle.“

### Börsenmanöver

Der Berliner Vertreter der Agence Havas, Herr Lemercier, erklärt uns zu der Notiz „Ein Börsenmanöver mit der Stillhaltung“, die wir am 8. Januar druckten, daß er in keiner Weise an der Nachricht persönlich interessiert gewesen sei, die er als Vertreter von Havas in den Mittagstunden des 4. Januar (Montag), also nicht, wie wir irrtümlich annahmen, am Sonntag abend, nach Paris gegeben habe.

Ihr wesentlicher Inhalt, daß die Teilnehmer der in Berlin geführten Stillhaltungsverhandlungen sich prinzipiell darauf geeinigt hätten, die Stillhaltung der in Deutschland eingefrorenen kurzfristig geliehenen Kredite vorläufig um ein Jahr zu verlängern, ist an der Pariser Börse — ob irrtümlich entstanden, ob bewußt falsch ausgewertet — zu der Nachricht umgedeutet worden, ein Abkommen über die Stillhaltung sei perfekt geworden und diese — falsche — Nachricht hat eine Hausse in Dawes- und Young-Anleihewerten herbeigeführt, an der dick verdient worden ist.

Herr Lemercier versichert, daß seine Nachricht anders — nämlich richtig — lautet hat. Damit entfällt jeder Grund für uns, von Herrn Lemercier Böses zu denken.

### Anhalts Regierung wiedergewählt

TU. Dessau, 8. Januar.

In der heutigen Landtagsitzung wurde Ministerpräsident Deist mit 17 Stimmen der Linken wiedergewählt. 13 Stimmen entfielen auf den Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Partei, Dr. Siebert, drei auf den kommunistischen Abgeordneten Besser. Ferner wurden drei weiße Zettel abgegeben. Auch der bisherige Staatsminister Dr. Weber wurde mit 17 Stimmen wiedergewählt. 15 Stimmen der Rechten entfielen auf den Dessauer Kreisdirektor von Brunn, drei auf den Kommunisten Besser.

Die Rechte hat bereits einen neuen Mißtrauensantrag gegen das Ministerium eingebracht.

### Politische Aktivität in Osteuropa

#### Der rumänische Außenminister in Warschau

Warschau, 8. Januar.

Der heute vormittag hier eingetroffene rumänische Außenminister Fürst Ghika wird von der polnischen Presse besonders herzlich begrüßt. Ubereinstimmend wird hervorgehoben, daß dem Besuch des rumänischen Ministers besondere politische Bedeutung zukomme.

Das Regierungsblatt Gazeta Polska erwähnt in seinem dem Ministerbesuch gewidmeten Aufsatz mit Nachdruck den umfassenden Charakter der polnisch-rumänischen Beziehungen. Fürst Ghika werde in Warschau vor allem die Frage über den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion und die Stellungnahme zu der kommenden Abrüstungskonferenz besprechen.

Die nationaldemokratische Gazeta Warszawska bemerkt noch ausführend, daß Polen und Rumänien gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung ihres Rüstungsstandes hätten. Beiden Ländern müsse es daran liegen, sich den Bestrebungen nach einer Abrüstung Frankreichs zu widersetzen.

Im Zusammenhang mit dem Helldorf-Prozeß, in dem das Wesen der „geborenen Führernaturen“, die zwar fähig sind, zu hetzen, aber feige, sich jeder Verantwortung zu entziehen, besonders deutlich zum Vorschein kommt, haben ganze Teile der SA der Hitlerpartei den Rücken gekehrt.

Berliner SA-Leute haben nunmehr in einem Flugzettel, gezeichnet Frhr. von Rozynski, Fritz Günther und Affeldt, aufsehenerregendes Material über die Vorgeschichte des Helldorf-Skandals und anderer SA-Aktionen in Berlin veröffentlicht.

Die Veröffentlichungen beweisen aufs schärfste

die bürgerkriegsmäßige Direktion der SA-Banden bei politischen Zusammenstößen.

Eine gewissenlose Führerclique ordnet geradezu militärischen „Einsatz“ ihrer gedrillten Anhänger an.

Die Veröffentlichungen lauten im Wortlaut:

#### An unsere SA-Kameraden!

„Wir SA-Führer und SA-Leute haben uns von der NSDAP getrennt. Ueber die Beweggründe, die uns zu diesem Schritt veranlaßt haben, werden seitens der Hitlerpartei die ungeheuerlichsten Lügen und Verleumdungen verbreitet.“

Wir sind nicht gewillt, länger tatenlos und schweigend zuzuschauen, wie man uns und unsere Absichten in den Dreck zieht. Wir haben die Pflicht, offen und ohne Rücksicht auszusprechen, weshalb wir nicht mehr hinter den Führern Goebbels und Helldorf stehen, Leuten, die uns verraten und verkauft haben.

1. Man hat uns als SA-Funktionäre und

SA-Leute planmäßig und befehlsmäßig zu den verschiedensten Zusammenstößen, wie etwa am Kurfürstendamm, hineingehetzt, um uns dann schmähslich im Stich zu lassen.

Ihr wißt, daß schon drei Tage vor den Krawallen es bei uns allen offenes Geheimnis war, daß zum jüdischen Neujahrstag eine Aktion der SA steigen sollte.

In den SA-Küchen wurde — auch daran könnt ihr Euch erinnern — dieser Befehl schon Stunden vorher von Mund zu Mund weitergegeben. Und am Abend selbst erziehen der Graf Helldorf in eigener Person und man dirigierte uns schließlich nach dem Kaffeehaus Reimann, das wenige Minuten später zerstört war. Ihr wißt, Kameraden, daß wir befehlsgemäß gehandelt haben. Doch im Prozeß? Man überließ uns unserem Schicksal!

2. Ihr wißt ferner, daß wir auch bei den Aktionen am Görlitzer Bahnhof, in der Berliner Straße, in der Mariendorfer Straße, in der Arndtstraße, in der Nostizstraße usw. auf Befehl und nur auf Befehl gehandelt haben, auf Befehl von Leuten, die vorgaben, für uns einzustehen. Doch auch hier hat man uns feige im Stich gelassen! All diese Handlungen sind für den richtigen SA-Mann eine große Ehre, für die Führer aber eine Schande, weil sie zu feige sind, sich für ihre Kameraden einzusetzen.

3. Wir können nicht fassen, daß man mit großem Geschrei von einem angeblichen Vorwärtsschreiten der NSDAP spricht, wenn nicht einmal mehr die Mittel vorhanden sein sollten (trotz der Herren von der Harzburger Front!), um die verwundeten SA-Kameraden im Lazarett in der Bärgwaldstraße richtig zu verpflegen. Und die Zustände in den SA-Küchen, mit denen man

unseren Kampfsgeist doch nur in bestimmte Bahnen lenken wollte, sind Euch allen ja zur Genüge bekannt.

Das ist nicht die Kameradschaft, für die wir gekämpft und gelutet haben. Das ist vielmehr jenes Bonzenum von Goebbels bis hinunter zum letzten Septemberling. Von diesen Leuten trennt uns alles, denn die haben mit der alten herrlichen Idee nichts gemein, sondern wollen jetzt nur das ernten, was wir mit Blut und Freiheitsopfern im Glauben an Hitler und unser Vaterland schwer errungen haben, während die Spießler uns mit Hohn und Spott besudelten, jetzt aber den großen Helden unter unserem Schutz spielen. SA-Kameraden, Hitlerjugend und Pk., aufgewacht, ehe wir von den Kapitalistensöldnern der Fürsten und feigen Generale ganz und gar verraten sind.“

\*

Wir haben diesen Veröffentlichungen ehemaliger Nationalsozialisten und SA-Leuten nichts hinzuzufügen, es sei denn dies: daß diese SA-Banden nichts anderes sind als gedungene Bravos. Sie wollen bezahlt werden — das ist ihr „Ideal“.

Etwas hinzuzufügen hätte u. E. das Innenministerium, das schon vor Jahren staatszerstörerisch genug war, den Roten Frontkämpferbund als gefährlich für die Ruhe und Ordnung in der Republik zu verbieten.

\*

Die proletarische Öffentlichkeit wird dieses Dokument als einen Beweis für die Absichten der „legalen“ NSDAP zu würdigen wissen.

### Ein Massenbrandstifter

Kottbus, 8. Januar

Der neunzehnjährige Landwirtssohn Friedrich Neumann, der als Urheber des gestrigen Großfeuers in Werben im Spreewald festgestellt wurde, hat das Geständnis abgelegt, in den letzten vier Jahren etwa 21 oder 22 Brände angelegt zu haben. Bei diesen Brandstiftungen wurden schätzungsweise über dreißig Gebäude nebst zahlreichem Mobiliar, Erntevorräten usw. vernichtet. Es scheint festzustehen, daß Neumann in krankhafter Veranlagung gehandelt hat. Von keinem der Brände hat er einen finanziellen Vorteil gehabt. Neumann ist vaterlos aufgewachsen. Seine Mutter besitzt eine Landwirtschaft in Werben.

### Organisierter Goldschmuggel

Wien, 8. Januar

In einem Ringstraßenhotel wurden von der Polizei drei ausländische Kaufleute verhaftet, die sich englischer Decknamen bedient hatten. Ihre richtigen Namen wurden von der Polizei vorläufig verschwiegen. Bei der sofort vorgenommenen Haussuchung in den von den Fremden benutzten Hotelzimmern wurden in ihren Koffern 45 kg Gold gefunden, das die österreichischen Stempel für Gold trugen. Die Polizei hat sich sofort an die ausländischen Behörden gewandt, um die Hintermänner der Verhafteten zu ermitteln, da man glaubt, einem organisierten Goldschmuggel auf die Spur gekommen zu sein.

### Keine Entwaffnungskontrolle Deutschlands

Qual d'Orsay dementiert

TU. Paris, 6. Januar.

Am Quai d'Orsay erklärt man, daß die Ausführungen des „Journal de Genève“, wonach Frankreich die Absicht habe, auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz die Einsetzung einer Untersuchungskommission für Deutschland zu fordern, jeder Grundlage entbehren.

## Klarheit in der Gewerkschaftsfrage!

Der „Freie Angestellte“, das Organ des Zentralverbandes der Angestellten, nimmt in seiner Nummer vom 1. Januar Stellung gegen ein Referat, das Genosse Waldemar Borde auf der Berliner Bezirkskonferenz des SJV gehalten hat. In dem Bericht sind eine ganze Reihe von Entstellungen enthalten. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß Genosse Borde erklärt habe, „daß es freie Gewerkschaften solange nicht mehr gäbe, als diese Gewerkschaften die reformistische SPD als ihre politische Vertretung ansehen“. Richtig ist vielmehr, daß Genosse Borde es als die Aufgabe der SAP-Mitglieder in den Gewerkschaften bezeichnet hat, gegen den reformistischen Kurs, der durch die SPD in die Freien Gewerkschaften hineingetragen wird, anzukämpfen. Das ist nicht die Privatmeinung Bordes, sondern steht durchaus im Einklang mit der Stellung, die die SAP überall zur Gewerkschaftsfrage eingenommen hat.

Besonders empört sich der „Freie Angestellte“ darüber, daß Borde auf die „Kampfansage“ an Brüning eingegangen ist, die in der Dezembernummer des Organs enthalten war. Er entrüstet sich darüber, daß der Redner, der nicht einmal Mitglied des Verbandes sei, hierauf Bezug genommen hat. Borde ist allerdings nicht Mitglied des ZDA, sondern im Buchdruckerverband organisiert, aber es ist eine recht eigenartige Einstellung, daß nur Verbandsmitglieder zu den Veröffentlichungen der einzelnen Verbände Stellung nehmen dürfen. Es handelt sich darum, daß ein Artikel zitiert wurde, in dem es hieß, daß die Tolerierung der neuen Notverordnung einen weiteren Schritt

zum Faschismus bedeuten würde. Borde verlangte unter Zustimmung der ganzen Versammlung, daß aus diesen richtigen Erkenntnissen auch die Schlüsse gezogen würden und ihnen Taten folgen müßten. Solange dies nicht geschähe, wirkten solche Feststellungen als Phrasen. Dazu bemerkt der „Freie Angestellte“:

„Es ist doch merkwürdig, daß dieser junge Mensch eine Stellungnahme unserer Organisation als Phrase abtut, nur weil es ihm unbehaglich zu sein scheint, daß auch noch andere Kreise eine oppositionelle Haltung zu der Politik der Regierung Brüning vertreten und sich gleichzeitig im Gegensatz zu Auffassung und Methoden der sogenannten SAP befinden.“

So liegen die Dinge natürlich nicht. Es kommt darauf an, zu zeigen, daß die „Opposition zur Politik der Regierung Brüning“, wie sie hier angekündigt wird, praktisch zur Wirkungslosigkeit verurteilt ist, weil sie immer wieder auf die Grenzen stößt, die ihr durch die SPD gesteckt sind. Wenn es dem ZDA mit seiner Opposition und seiner auch hier wieder betonten Unabhängigkeit von der SPD wirklich ernst ist, dann sollte er, statt Drohungen gegen die SAP auszustoßen, wie dies an anderer Stelle der gleichen Nummer geschieht, über die Unterstützung, die ihm aus ihren Reihen zuteil wird, nur erfreut sein. Es sollte wie in unserem, so auch in seinem Interesse liegen, auf der Basis der Opposition gegen Notverordnung, Lohnraub und Tarifbruch mit allen klassenbewußten Kräften innerhalb des Verbandes zusammenzuarbeiten. Andernfalls müßte man den Eindruck gewinnen, daß der „Freie Angestellte“ seine eigenen Forderungen nicht ernst nimmt.

## Im Zeichen des Preisabbaus

### Salz und Fleisch sollen besteuert werden — „Mißlungene

Die Frage der Deckung des Fehlbetrages im preußischen Haushalt, der sich auf 167 Millionen RM beläuft, war am Mittwoch Gegenstand einer Aussprache des preußischen Finanzministers Dr. Klepper mit Reichskanzler Dr. Brüning. Da der Fehlbetrag durch weitere Einsparungen und Einnahmeerhöhungen in den einzelnen Verwaltungszweigen nicht gedeckt werden kann, ist es erforderlich, neue Einnahmequellen zu erschließen. Wie verlautet, ist in der Unterredung mit dem Reichskanzler die

#### Einführung einer Salzsteuer

Einführung einer Salzsteuer erwogen worden, die vom Reich zu erheben wäre und deren Aufkommen nach einem Schlüssel auf die einzelnen Länder zur Erhöhung ihrer Mittel verteilt werden könnte.

Ueber die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Finanzminister meißelt TU sphinxhaft, daß „an zuständiger Stelle Stillschweigen bewahrt“ würde. Immerhin ist so viel durchgesickert, daß Klepper gedroht hat, daß Preußen sich genötigt sehe, von sich aus durch steuerliche Maßnahmen neue Mittel zu erschließen, wenn es durch das Reich nicht die notwendige Hilfe erlangt. Im Zusammenhang mit diesen „neuen Mitteln“ wird von der Wiedereinführung der Schlachtsteuer

gesprochen. Diese wird restlos auf die konsumierende Bevölkerung abgewälzt und bedeutet nichts anderes als eine Verteuerung des Fleisches.

Der Vorschlag, die wichtigsten Nahrungsmittel zu besteuern, kommt natürlich — von dem Favoriten der Sozialdemokratie, dem berühmtesten Herrn Klepper!

\*

Der „Vorwärts“ verkündet, mit fetter Ueberschrift „Margarine billiger“. Aber darunter steht klein und verschämt

„Mißlungene Preiserhöhung für die niedrigsten Konsumsorten.“

Was ist der verworrenere Rede kurzer Sinn? Die Preiserhöhung der billigsten Sorten von 27 auf 33 Pfennig, die der Jürgens-vanden-Bergh-Trust vorgenommen hat, bleibt unverändert bestehen. Aber der Trust hat sich zur Verbilligung der Spitzenmarken von 1 Mark auf 80 Pfennig entschlossen, nachdem die Rohstoffe um 50 Prozent im Preise gesunken sind!

Soweit ist die Preissenkungaktion, die den Vorwand zur Tolerierung abgab, also glücklich schon gediehen: Preise, die nicht steigen, sind schon ein Erfolg. Man hat also wieder einmal etwas verhindert...

### Meineidsanzeige

gegen Nydahl



Gegen den der SPD angehörenden Berliner Stadtschulrat Nydahl ist beim Oberstaatsanwalt eine Meineidsanzeige erstattet worden. Nydahl wird zum Vorwurf gemacht, in seiner Aussage im Sklarek-Prozeß unter Eid wesentlich falsche Angaben gemacht zu haben. — Bei der Justizpressestelle in Moabit ist übrigens merkwürdigerweise von dieser Anzeige noch nichts bekannt.



Kein Zweifel mehr:

# Der Fünfjahresplan wird erfüllt

Prof. Alfons Goldschmidt über seine Rußlandreise

Prof. Alfons Goldschmidt, der bekannte Finanzkritiker, hat vor mehreren Wochen eine Rußlandreise beendet, über deren Erkenntnisse er in einer großen Versammlung in Berlin-Neukölln berichtete.

Goldschmidt war viermal in der Sowjetunion. Zum ersten Male im Jahre 1920. Damals hat ihn Lenins genialer Elektrifizierungsplan begeistert. Vom ersten Augenblick ihrer Herrschaft an, haben die Sowjets das kapitalistische Schuldsystem beseitigt, das mit innerer Gesetzmäßigkeit zu einer Erdrückung jedes Wirtschaftssystems führen muß. Durch die Beseitigung dieser Lasten haben sie von den Schultern des Proletariats 40 Milliarden Rubel genommen.

Einen Augenblick stand die Wirtschaft in der Leere, die alten Verbindungen waren zerstört. Dann begann

## der Aufbau der Produktion

unter der Kontrolle der Sowjets, unter der Kontrolle von unten, da die Kontrolle von oben versagt hatte. Wohl war die gräßliche Erbschaft des korruptierten und verlotterten Zarenkapitalismus zu überwinden, wohl gab es die Hungersnot von 1921, die Hungersnot von 1924. Aber es ist eine der gewaltigsten Leistungen der Weltgeschichte, den größten Acker der Welt, am Rande des Abgrunds, mitten im Bürgerkrieg, wieder aufgebaut zu haben.

Nachdem 1924 der Bürgerkrieg beendet war, setzte der Aufbau unter der autonomen Kontrolle von unten ein. Tausende von Gehirne arbeiteten unter äußerster Anstrengung und Energie einen Plan aus, der zuerst ein Ver-

waltungsplan war, und dann erst ein Erschließungsplan wurde.

Heute sind solche gigantischen Pläne möglich, weil die inneren Grenzen verschwunden sind, die Wirtschaft liegt offen da, nicht mehr Fabrik gegen Fabrik, Laden gegen Laden, kein Geschäftsgeheimnis, keine Reklamespesen, eine ehrliche Produktion, eine ehrliche Finanzierung auf freiem übersichtlichen Raum gestellt. So wurden die Teilpläne aufgestellt, zur Rationalisierung des Donzbeckens, zur Erschließung des Ural-Erzes, der sibirischen Kohle usw. So wurde die Kapitalinvestition zum Aufbau der Industrie in einem einheitlichen Finanzplan verteilt. So konnte die Arbeitslosigkeit überwunden, Millionen vom Lande in die Fabriken eingereicht werden.

Bei den Betriebsrätewahlen in Charkow gingen die Wahlkämpfe nur um die Mittel zur Verbesserung der Qualität der Produktion. Die große Elektrofabrik in Charkow hatte früher 2000 Arbeiter und gehörte der AEG, heute hat sie 20000 Arbeiter und gehört den Sowjets. Alle leitenden Stellen in der Produktion gehören den Arbeitern. Die zentralen Trusts werden jetzt dezentralisiert, die Fabriken werden im Rahmen des Ganzen selbständiger,

## die Entstaatlichung des sozialistischen Systems

hat damit begonnen, in absehbarer Zeit wird an die Stelle des Staates die Produktions- und Kulturverwaltung treten. Bauern und Arbeiter stehen nicht mehr gegeneinander, in Zentralrußland sind 100 Prozent Kollektivwirtschaften erreicht. Die Produktionssteigerung

beträgt im Jahre 1931 = 20 Prozent, im Jahre 1932 wird sie 36 Prozent erreichen. Es ist gar kein Zweifel, daß der Plan

## Ende dieses Jahres erfüllt sein wird.

Die Produktion arbeitet viel billiger als allgemein angenommen wird. In das Petroleumfeld in Baku teilten sich früher 272 Fabriken, heute besteht eine einzige Organisation, die nicht mehr Beamte hat als eine dieser vielen Fabriken.

## Unerhört ist die Förderung der Wissenschaft:

360 000 Studierende auf Kosten des Staates; überall werden Lehrer gesucht! Tiflis, eine Stadt, die früher ohne ein einziges wissenschaftliches Institut war, besitzt heute 20 Institute mit 27 000 Studierenden.

Der Reallohn steigt dauernd, die Sozialpolitik kostet nichts. Die Städtebilder ändern sich dauernd. In fünf Jahren wird Moskau eine moderne Arbeiterstadt mit gesunden Wohnungen sein. Im Jahre 1932 sind für den Bau von Arbeiterwohnungen in Moskau eine halbe Milliarde Rubel in den Etat gesetzt worden. Tausende neuer Staatsläden entstehen, und in einigen Jahren wird das Lebensniveau der russischen Arbeiter ebenso hoch sein wie das der bevorzugten Arbeiterschichten in den kapitalistischen Ländern. Die Sowjetunion ist ein Land in der

## keiner reich wird, aber auch keiner Angst zu haben braucht, zu verarmen.

Die kapitalistische Rationalisierung stößt die Menschen ab, die sozialistische zieht sie an. Das ist der ungeheure Fortschritt in der Welt. W. E.

Und in Deutschland?

# Ueber 300 000 neue Arbeitslose

Die Arbeitslosigkeit schwillt in Deutschland in aufregendem Tempo an. Allein in der zweiten Dezemberhälfte sind 366 000 Arbeitslose neu hinzugekommen, so daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen sich am 31. Dezember auf 5 666 000 bezifferte. Erfahrungsgemäß steigt die Arbeitslosigkeit in den ersten Jahresmonaten noch weiter an, so daß schon im Monat Januar die Sechsmillionenlinie überschritten werden dürfte.

Im Vorjahre wurde am Jahreschluß — nach einer Zunahme im gleichen Zeitraum um rd. 407 000 — eine Arbeitslosenzahl von rd. 4 384 000 erreicht.

Neben den Saisonaußenberufen, in denen die Arbeitslosenzahl infolge der ungünstigen Witterung um 7,2 Prozent stieg, haben auch die überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen eine wenn auch schwächere Zunahme, nämlich um 5,1 Prozent zu verzeichnen. Der Druck, der von den internationalen Währungsschwierigkeiten und von den Absperrungsmaßnahmen wichtiger Abnehmerländer ausgeht, hat sich weiter verschärft und hat die Auswirkungen der auch sonst nach dem Weihnachtsgeschäft üblichen Stille verstärkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 31. Dezember in der Arbeitslosenversicherung rd. 1 642 000, in der Krisenfürsorge rd. 1 506 000. Von der Gesamtzunahme um rd. 214 000 entfielen rd. 154 000 auf die Arbeitslosenversicherung, rd. 60 000 auf die Krisenfürsorge.

Im einzelnen ist u. a. folgendes zu berichten:

Die Landwirtschaft ist nach Freisetzung der Saison- und Aushilfskräfte vielfach zur Entlassung von Stammarbeitern übergegangen. In wichtigen Forstgebieten hat die Einschlagstätigkeit schon bedeutend abgenommen, ihre Wiederbelebung ist zweifelhaft. Im Baugewerbe werden fast überall nur noch wenige Stammkräfte in Beschäftigung gehalten. Im Kohlenbergbau ist der Beschäftigungsgrad etwas zurückgegangen, da der Absatz unter dem verschärften Wettbewerb englischer Kohle, dem Abschluß der Zuckerkampagne sowie unter der Zurückhaltung des Handels gelitten hat. Auch in den Hauptbezirken des Braunkohlenbergbaus erfolgten weitere Entlassungen und Arbeitsstreckungen. Die metallverarbeitende Industrie hat vielfach weitere Arbeitskräfte entlassen und Kurzarbeit eingeführt. Von den Berufsgruppen des Holz- und Schnitzstoffgewerbes hatten besonders die Bautischlerei, die Möbelindustrie und die Musikinstrumentenindustrie höhere Arbeitslosenzahlen aufzuweisen. Einige Zweige der Spinnstoffindustrie waren bezirklich in der Lage, ihren Beschäftigungsgrad zu halten. Auch im Bekleidungsgebiete war vereinzelt eine etwas lebhaftere Vermittlungstätigkeit möglich. Im ganzen jedoch machte sich auch in diesen Berufsgruppen der

Rückgang der inländischen Kaufkraft bemerkbar; in einzelnen Zweigen ist zudem das ausschlaggebende Exportgeschäft nahezu unmöglich geworden.

## Auch Dresden insolvent

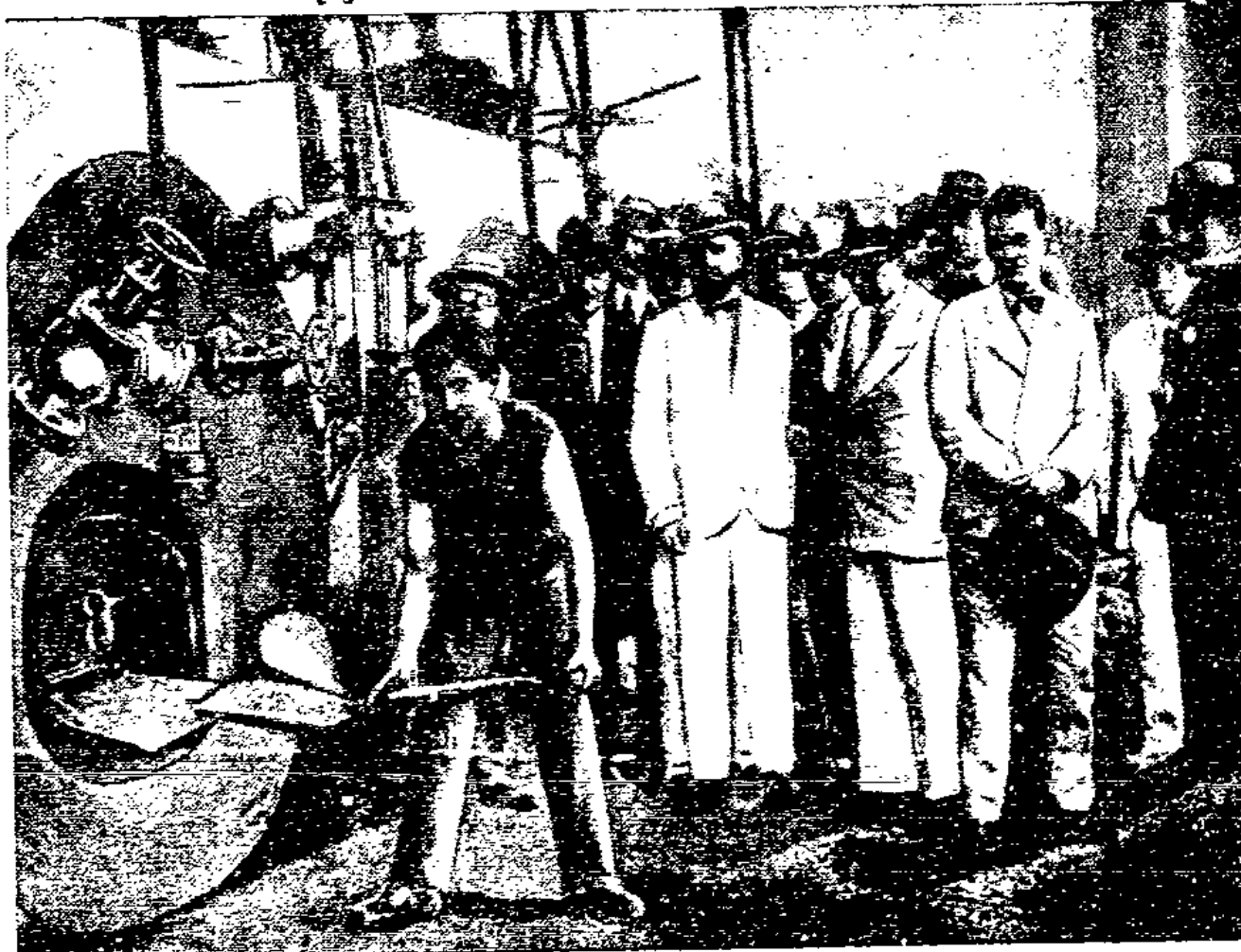
Nachdem die Stadt Dortmund als erste deutsche Großstadt die Zahlungen der Tilgung und Zinsbeträge auf ihre Darlehenszinsen am 1. Januar nicht mehr zahlen konnte, ist auch Dresden nicht in der Lage, die Zinsen auf die kurzfristigen inländischen bereitstellen.

## Kein Geld

### für Klein- und Sozialrentner

In verschiedenen Gemeinden des Landesteiles Lübeck konnten die Zahlungen an die Unterstützungsempfänger in den letzten Monaten nur mit Hilfe des Landesverbandes gezahlt werden. Nachdem jetzt auch dessen Finanzen erschöpft sind, hat der Vorsitzende des Landesvorstandes, Oberregierungsrat Zeidler, am 1. Januar auch eine Kürzung aller Unterstützungen für Klein- und Sozialrentner und für ausgesteuerte Erwerbslose um 20 bis 30 vH angeordnet. Das oldenburgische Ministerium hat die Genehmigung zu dieser Maßnahme in Aussicht gestellt. Die Stadt Eutin hat ihren Angestellten, Beamten und Lehrern auf die Anfang dieses Monats fälligen Bezüge keinerlei Vorschüsse zahlen können.

## Kaffee als Heizmaterial



## Proletarier, zieht die Konsequenzen: stürzt die morsche kapitalistische Gesellschaft!

Die Kessel einer Brauerei in Rio de Janeiro werden mit Kaffee geheizt. Hunderttausende von Zentnern Kaffee sind bereits in die Heizkessel der großen Fabriken in Rio de Janeiro gewandert.

## Milch wird in Flüsse gegossen

Die kapitalistische Produktvernichtung kennt keine Grenzen

Zu den bekannt gewordenen brasilianischen Fällen der Vernichtung großer überschüssiger Kaffeebestände kommen in letzter Zeit ähnliche Fälle. So gab der Leiter des Gesundheitsdienstes im Staate New York kürzlich einen

Erlaß heraus, in welchem dringend davon abgeraten wird, Milch in die Flüsse zu gießen (!!!). Diese Maßnahme geschah nicht etwa aus moralischen Erwägungen, sondern lediglich zum Schutze des Fischbestandes! Die Vernichtung von Lebensmitteln nimmt immer größeren Umfang an. Um nicht die Preise noch mehr stürzen zu lassen, hat man auch einen großen Teil der kalifornischen Obsternste verfaulen lassen. So wirkt sich die Krise des Kapitalismus aus!

## Dem Hungerausgeliefert

Hessische Landgemeinde zahlt keine Wohlfahrtsunterstützung

CNB, Kassel, 7. Januar.

Die Gemeinde Oberkaufungen im Landkreis Kassel, die bei 2500 Einwohnern 320 Wohlfahrtsverwslose und 500 Zuschlagsempfänger zählt und die bereits mit der Wohlfahrtsunterstützung im Rückstande ist, konnte auch heute von der fälligen Wohlfahrtsunterstützung nichts zur Auszahlung bringen, worauf es zu schweren Unruhen der Erwerbslosen kam, die die Scheiben des Gemeindehauses zertrümmerten und den Bürgermeister und die Gemeindebeamten täglich angriffen. Die täglich wachsende Zahl der Wohlfahrtsverwslosen, die aus der Betreuung des Reiches in die Gemeindeunterstützung abströmen, hat dazu geführt, daß im Landkreis Kassel die Gewährung des Existenzminimums der notleidenden Bevölkerung nicht mehr gesichert ist. Auch die Gehälter des Bürgermeisters und sämtlicher Beamten konnten nicht zur Auszahlung gelangen. Da ein Umsichgreifen dieser Unruhebewegung bei den übrigen Industriegemeinden aus dem gleichen Grunde befürchtet wird, werden die Kreisbeschauämter in diesen Tagen bei den Berliner Ministerien zwecks Abhilfe vorstellig werden.

## Dortmund zahlt 2. Gehaltsrate

Dortmund, 7. Januar

Das am 2. Januar zurückgestellte Sechstel und ein weiteres Sechstel von den Januarbezügen der städtischen Beamten, Angestellten und Lehrpersonen sowie der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen soll am kommenden Sonnabend ausgezahlt werden.

## Ungenügende Mietsenkung

### Hochflut von Kündigungen

Daß die Mietsenkung bei den Altwohnungen nicht 10, sondern im allgemeinen nur etwa 7 Proz. beträgt, wird inzwischen jedermann aus eigener Praxis festgestellt haben. Worauf aber noch viel zu wenig geachtet wird, das ist die Grundsteuerumlage. Viele Hauswirte machen es sich bequem und . . . rentabel, indem sie einfach 12½ Proz. der reinen Friedensmiete unlegen. Das ist ungesetzlich: der Hauswirt darf nur die tatsächliche Steuerlast umlegen, und die ist meist erheblich niedriger, nämlich in der Regel nur 10 bis 11 Prozent. Auf Grund der Notverordnung muß der Hauswirt die Mietsenkung genau bis ins einzelne spezifizieren, dazu gehört auch die exakte Angabe der Steuerumlagen! Gibt der Hauswirt diese Angaben nicht, so kommt der deshalb die Mietzahlung verweigernde Mieter nicht in Rechtsnachteile.

Bei den Neubauten hat sich die Mietsenkung als völlig unzureichend erwiesen. Insbesondere die Bewohner solcher Blocks, deren Baukosten nur geringfügig durch Hypotheken zu über 6 Proz. beschafft worden waren, werden von einer Mietsenkung nichts zu spüren bekommen. Denn bei diesen Häusern wird eine Zinserleichterung, wenn überhaupt, so nur minimal eintreten (Hauszinssteuer-Bauten vor allem).

Der Hauptkampf aber geht gegenwärtig zwischen den Mietern und Vermietern von Geschäftsräumen. Wer, wie einige Konzerne des Einzelhandels in Mieträumen hauste, kann nun . . . unrentable Filialen stilllegen und das Arbeitslosenheer vergrößern. Dagegen wehren sich jetzt die Hausbesitzer, sie fordern Unwirksamkeit der außerordentlichen Kündigung, wenn sie die Ladenmiete um 20 Prozent auch nachträglich noch senken. Bei der Stimmung, die in den maßgebenden Ministerien herrscht, hält man ein Nachgeben der Regierung in diesem Punkt nicht für ausgeschlossen.

Schließlich freuen sich — auch diese Seite der Medaille soll nicht unerwähnt bleiben — die Wohnhausbesitzer offen über Kündigung von bis zu 4-Zimmerwohnungen: sie werden diese Mittelwohnungen sogar zu höheren Mietsätzen heute leicht los, weil die ehemaligen Großwohnungsbesitzer besonders scharf auf diesen Vier-Zimmer-Typ sind: er gestattet, wenigstens den Schein der „gutbürgerlichen Wohlhabenheit“ noch zu wahren! Daher die Freude der Hauswirte, wenn proletarische oder inzwischen proletarisierte Mieter solcher Wohnungen jetzt gekündigt haben!

## Es wär' zu schön gewesen . . .

Die von dem Reichsverkehrsminister Treviranus geförderte Einberufung des Reichstags zwecks

## Demonstration einer außenpolitischen „Einheitsfront“

scheint nicht zustande zu kommen. Die in der Reparationsfrage tatsächlich doch so einmütigen „Revisionisten“ offiziell unter einen Hut zu bringen, scheitert an einer innerpolitischen Schamhaftigkeit. Man grüßt sich nicht gern Unter den Linden. Der am Dienstag zusammentretende Ältesten-Ausschuß, der über den kommunistischen Antrag zu befinden hat, wird voraussichtlich zu der üblichen Ablehnung kommen. So bleibt wenigstens im Reichstag der „Weihnachtsfriede“ unangestastet. Und es wär' doch so schön gewesen . . .